Honecker in Moskau Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 28 vom 12. Juli 1975 — 9. Jahrgang — 50 Pfennig

US-Imperialisten drohen mit Atomschlag gegen Europa

Während in Genf die „Europäische Sicherheitskonferenz" der beiden Supermächte kurz vor der Beendigung steht und beide Supermächte, die USA wie die Sowjetunion, behaupten, der Friede in Europa sei sicherer geworden, nimmt in Wahrheit die Kriegshysterie zu: Die russische Monopolbourgeoisie erprobt neue Atomraketen, um ihre Kriegsmaschine noch mehr auszubauen, und die US-Imperialisten drohen offen, daß sie ihre Vorherrschaft über Westeuropa mit Atombomben aufrechterhalten wollen.

Bei einem Gespräch mit Journalisten verkündete US-Kriegsminister Schlesinger: „Wir werden Nuklearwaffen anwenden, falls wir mit einer ernsten Aggression konfrontiert werden und die Gefahr besteht, daß eine Niederlage in einem für die USA-Außenpolitik bedeutenden Gebiet droht." Schlesinger fügte hinzu: „Dies würde auf Westeuropa zutreffen."

Daß die Drohung der US-Imperialisten ernstzunehmen ist, das vergegenwärtigen uns allzu deutlich die US-Atomwaffen, die in Westdeutschland stationiert, ständig von den US-Imperialisten bereitgehalten werden. Entgegen den Beschwörungen über Abrüstung, die lediglich zur Beruhigung der Bevölkerung gedacht sind, nimmt ihre Zahl immer mehr zu, genau so wie die Zahl der sowjetischen Raketen und Kanonen, deren Spitzen und Mündungen auf Westeuropa weisen. Für die Belange der USA-Außenpolitik, für die Supermachtsinteressen Moskaus und Washingtons ein neues Hiroshima in Europa – was zeigt deutlicher als ihre eigenen Drohungen, daß diese angeblichen Friedensstifter und Entspannungsfreunde in Wahrheit skrupellose Verbrecher, Völkermörder sind, die nur darauf lauern, über die Leichen von Millionen sich zum Weltherrscher aufzuschwingen.

Für die eine wie die andere Supermacht geht es in Wirklichkeit nur um eines, um die Macht, um Herrschaft, die sie sich gegenseitig streitig machen, geht es darum, wer von beiden die Supermacht Nr. 1 ist. Und dabei ist ihr Interessengegensatz unüberbrückbar, mögen sie noch so sehr aller Welt einreden wollen, daß Einmütigkeit unter ihnen herrscht.

Daß die Atomdrohungen – ob gegen die arabischen Völker, gegen das koreanische Volk oder gegen die Völker Europas, vor allem von den US-Imperialisten offen ausgestoßen werden, hat seinen Grund: Denn sie fürchten den Zusammenbruch ihres Imperiums. Waren sie bis vor einigen Jahren noch die Supermacht Nr. 1, so sind sie immer mehr in Bedrängnis gekommen. Überall auf der Welt haben sie die Schläge der Völker einstecken müssen, mußten sie durch den Befreiungskampf der Völker Niederlagen erleiden, verloren sie an Einfluß und Macht. Die russischen Sozialimperialisten aber suchen sich diese Niederlagen zunutze zu machen, und dort, wo die US-Imperialisten hinausflogen und an Einfluß verloren, in die Blutspuren des US-Imperialismus zu treten und seine Nachfolge zu übernehmen. Genosse Ernst Aust sagte in seiner Rede über die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte: „Im Gegensatz zum US-Imperialismus, der den Höhepunkt seiner Machtentfaltung bereits überschritten hat, ist die Sowjetunion eine junge, aufstrebende Macht. Sie spielt die Rolle eines Motors, stärkt sich auf Kosten des US-Imperialismus, der, im Abstieg begriffen, versucht, mit allen Mitteln seine Stellung zu halten, was ihn nicht hindert, der sowjetischen Supermacht Schläge zu versetzen."

Die wiederholten Atomdrohungen Schlesingers und Fords sind ein klarer Ausdruck dafür, daß die **Rivalität sich zwischen beiden Supermächte verschärft, daß sie ihre Versuche, wirtschaftlich und politisch in den Machtbereich des jeweils anderen einzudringen, auszuweiten drohen in eine militärische Auseinandersetzung, in einen imperialistischen Weltkrieg um die Neuaufteilung der Welt unter sich.** Einen solchen Krieg verhindern, das kann man nicht, wenn man auf die Vernunft der Imperialisten hofft, sondern das können nur die Völker der Welt, indem sie sich gegen diese beiden größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker erheben und damit ihr Geschick fest in die eigene Hand nehmen.



Während die beiden Supermächte von Abrüstung, Entspannung und Frieden reden, bereiten sie den Krieg vor.

Fortsetzung auf Seite 2

Prozeßlawine gegen den ROTEN MORGEN

Angriff auf die kommunistische Presse

Vor einem Jahr, am 18. Juni 1974, starb unser Genosse Günter Routhier, ermordet von der Duisburger Polizei. Jetzt, ein Jahr später, am 15. Juli, werden die Genossen Gernot Schubert und Dieter Stoll, Verleger des ROTEN MORGEN und damaliger verantwortlicher Redakteur des ROTEN MORGEN, vor Gericht stehen, weil im ROTEN MORGEN Nr. 26/74 über den faschistischen Polizeiterror gegen den Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter geschrieben wurde.

Die Genossen erhielten damals einen Strafbefehl über je 1 200 DM, in dem zugleich die Einziehung der gesamten Auflage des ROTEN MORGEN angeordnet wurde.



ERNST AUST: TOD DEM ...MUS Seite 7

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, v...

ROTER MORG...

Zentralorgan der KPD / Mar...

Trauerzug zu E...
des Genossen Routhie...
Polizeiknüppeln zerschlag...

Amtsgericht

Herrn
Dipl.-Volkswirt
Gernot Schubert

Strafbefehl

Dieser Strafbefehl und der Prozeß, der am 15. Juli stattfindet, sind nur ein Glied in einer Kette von Angriffen auf den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML. In der Zeit von Juni 1974 bis März 1975 wurden gegen 21 ROTE MORGEN Verfahren eingeleitet. Strafbefehle in Höhe von 25 400 DM wurden verhängt. Bei rund einem Drittel davon wurde die Einziehung der Auflage, der Druckplatten usw. angeordnet. Allein wegen der Nummer 25 bis 31 des ROTEN MORGEN (Artikel zur Ermordung des Genossen Günter) erhielten Genossen Geldstrafen in einer Höhe von mindestens 10 000 DM, weil sie diese Nummern des ROTEN MORGEN verkauft haben sollen.

Von all diesen Angriffen auf die marxistisch-leninistische Presse ist, einmal abgesehen von den Schriften der KPD/ML, der Roten Hilfe Deutschlands und anderer Organisationen und von Gesprächen, die Genossen mit der Bevölkerung geführt haben, kein Sterbenswörtchen an die Öffentlichkeit gedrungen. Diese Tatsachen vertragen sich natürlich auch schlecht mit der „Pressefreiheit", die angeblich in der Bundesrepublik herrschen soll. Sie zeigen vielmehr, daß diese angebliche Pressefreiheit nur für einen bestimmten Teil der Presse existiert. Für die Presse nämlich, die druckt, was die Stimme ihres Herrn, die Kapitalistenklasse, befiehlt.

Also statt Pressefreiheit Meinungsdiktatur? Die Kapitalisten streiten das natürlich ab. Sie verweisen auf die „Meinungsvielfalt" der Presse von „Bild" bis „Spiegel" und „Stern" und behaupten, daß in den Zeitungen der Bundesrepublik jeder schreiben könne, was er wolle, ohne durch eine staatliche Zensur, wie in den faschistischen Staaten, gehindert zu werden – vorausgesetzt, er halte sich an die Gesetze.

Aber genau da, bei den Gesetzen, liegt ja der Hase im Pfeffer. Es gibt zum

Allein nach dem uns vorliegenden Material wurden von der bürgerlichen Klassenjustiz folgende Strafen im Rahmen des Kampfes der Partei gegen die Ermordung des Genossen Günter verhängt:

Wegen der Teilnahme am Trauermarsch zu Ehren des Genossen Günter:	rund 13 000 DM
wegen angeblichen Verkaufs des Roten Morgen und 4 Wochen Jugendarrest	rund 10 000 DM
wegen Flugblattverteilens, Plakateklebens usw. und 2 mal 3 Monate und 4 Wochen Dauerarrest.	rund 30 000 DM
zusammen	rund 53 000 DM

Diese bereits verhängten Strafen, die wie gesagt, auf unvollständigen Unterlagen beruhen, stellen allerdings erst den geringsten Teil der gegen Genossen laufenden Ermittlungsverfahren dar. So laufen alleine gegen die presserechtlich verantwortlichen Ulrich Grober, Wolfgang Walter, Wolf-Jürgen Herzog, Peter Eisele usw. jeweils mehrere Verfahren; stehen die Prozesse gegen die Duisburger Genossen an, die bei der Arbeitsgerichtsverhandlung, bei der der Mordanschlag auf Genossen Günter verübt wurde, anwesend waren, noch bevor; usw.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Heidelberg: Werktätige kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen 2
Dynamit Nobel: Türkische Kollegen werden abgeschoben. Ein Angriff auf alle ausländischen Arbeiter 3
Fliesenleger gegen offenen Lohnraub 3
Aktion iranischer Patrioten in Hagen 4
Angriffe auf die Ortsgruppe Reutlingen der GDCF 4
Genosse Pittam muß in Deutschland bleiben! 5
Katharina Hammerschmidt – Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz 5
Honecker zum Rapport nach Moskau 6
Mit dem Koran für Moskaus Weltherrschaft 6
Brandt bei Breschnew: Moskaus Interesse am abgehalfterten Kanzler . . . 6
Kolumbien: Partei ruft zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes auf . 7
Gründungskongreß der Kommunistischen Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten: Großer Erfolg für die Jugend Frankreichs 7

Angriff auf die kommunistische Presse

Fortsetzung von Seite 1

Beispiel ein Gesetz, das die „Volksverhetzung" verbietet. Ein Hetzblatt, wie es im Buche steht, ist auch nach Ansicht der meisten Kollegen, die Bildzeitung. Aber kein Richter und kein Staatsanwalt fanden einen Verstoß gegen dieses Gesetz, als die Bildzeitung vor einigen Jahren ihre Progromhetze gegen die revolutionäre Studentenbewegung betrieb, als sie gegen die streikenden Arbeiter bei Ford, als sie gegen die ausländischen Kollegen hetzte usw. Dagegen wurden Genossen wegen „Volksverhetzung" verurteilt, weil sie angeblich Flugblätter verteilt haben sollen, in denen der Mordanschlag der Polizei auf Genossen Günter Routhier angegriffen wurde. **Die Gesetze, an die sich die Presse in der Bundesrepublik halten muß, sind eben die Gesetze der Kapitalistenklasse. Sie erlauben, was den Kapitalisten nützt; sie verbieten, was den Kapitalisten schadet.**

In besonderer Schärfe richten sich die Gesetze der Bourgeoisie deshalb gegen die kommunistische Presse und vor allem gegen den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML. Denn der ROTE MORGEN ist die Stimme der Partei, mit der sie der Arbeiterklasse und dem gesamten werktätigen Volk den Nutzen und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution erklärt, er war für viele, die heute mit der Partei kämpfen, die erste Verbindung zu ihr und wird auch weiter eines unserer wichtigsten Mittel sein, um die Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen, er wird darüber hinaus viele andere in ihrem Haß und ihrem Kampf gegen das kapitalistische System bestärken und mit dem Marxismus-Leninismus und mit dem Kampf und den Zielen der Partei bekanntmachen.

Nicht umsonst taucht fast in allen Strafbefehlen gegen den ROTEN MORGEN der § 90 a (Verächtlichmachung der BRD) auf, nicht umsonst wird in allen Verfahren gegen den ROTEN MORGEN als besonders „verwerfliches Verbrechen" seine „maßlose" Kritik am Staat, sein Eintreten für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats angegriffen.

Um diese unsere Haltung zum Staat wird es auch im Prozeß am 15. Juli hauptsächlich gehen. Genosse Ernst Aust sagte dazu in einem Interview anläßlich der Beschlagnahmungen des ROTEN MORGEN im letzten Jahr:

„Als Kommunisten wissen wir, der Staat, so wie er aufgebaut ist, und sei es die beste bürgerliche Republik, ist nie etwas anderes gewesen und kann nie etwas anderes sein als eine Diktatur der Bourgeoisie. Jeder Staat bedeutet Gewaltanwendung. Der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Staatsmacht liegt eben darin, ob die Gewalt gegen die Ausgebeuteten, die Werktätigen, oder ob sie gegen die Ausbeuter angewandt wird. Diese Feststellung ist eine Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie ist ein Teil unserer Weltanschauung. Sie propagieren wir. Aus ihr ergibt sich unser Handeln."

Diese Weltanschauung, die jede Nummer des ROTEN MORGEN bestimmt, ist auch die Antwort auf die Frage, die sich vielleicht mancher stellen mag: Warum immer gegen den ROTEN MORGEN und nicht gegen die UZ der D„K"P?

Die D„K"P wurde 1968 im Zuge der „neuen Ostpolitik" im Amtszimmer Heinemanns aus der Taufe gehoben. Sie nennt sich kommunistisch. Aber das ist nur die Tarnung. In Wirklichkeit kämpft sie als Agentur der Bourgeoisie gegen den Kommunismus, gegen die Arbeiterklasse. Man sieht das jetzt wieder, wo die UZ Indira Gandhi, die 15 000 Menschen verhaften ließ, als „Sozialistin" bejubelt. Man sieht das daran, wie die UZ gegen das sozialistische China hetzt und die Herren in Moskau, die für die Morde an der Mauer, für den Arbeitermord in Polen, für die faschistische Unterdrückung der Länder des Warschauer Pakts verantwortlich sind, als das „Zentrum des Sozialismus" preist. Man sieht das weiter daran, daß die D„K"P überall da, wo sie in diese Kämpfe eingreift, versucht, der Arbeiterklasse weiszumachen, es gäbe einen „friedlichen Weg zum Sozialismus" und die kommunistische Wahrheit über die Notwendigkeit der bewaffneten Zerschlagung des imperialistischen Staates, über die Notwendigkeit der proletarischen Gewalt überhaupt, zu verleumden.

Gegen eine solche Partei geht die westdeutsche Bourgeoisie natürlich nicht vor. Sie schnitte sich ins eigene Fleisch und würde sich außerdem den Ärger der Herren in Moskau zuziehen, die der D„K"P über die verschiedensten Kanäle Hunderttausende von Mark zukommen lassen, damit sie ihre verbrecherische, antikommunistische Politik im großen Stil betreiben kann.

Unsere Partei allerdings wird sich niemals auf diesen, von der Bourgeoisie gewünschten Weg der „maßvollen Kritik", auf deutsch, des Verrats am Kommunismus und an den Interessen des deutschen Volkes, drängen lassen. Wir fordern jeden Leser des ROTEN MORGEN auf, die kommenden Prozesse gegen den ROTEN MORGEN, den von der Bourgeoisie geführten Angriff auf den Marxismus-Leninismus, gemeinsam mit uns zu bekämpfen. Wir werden dann politischen Gewinn aus diesen Prozessen schlagen können, wenn der Kampf nicht nur im Gerichtssaal geführt wird, sondern auch, und sogar hauptsächlich, im Betrieb, in den Wohnvierteln, auf der Straße; wenn wir in dieser Zeit die Verkaufszahl des ROTEN MORGEN und die Zahl seiner Abonnenten steigern können und mehr Menschen mit dem Marxismus-Leninismus und der Partei bekanntmachen können.

Prozesse gegen den ROTEN MORGEN:
15. 7. 1975, Amtsgericht Dortmund, 11 Uhr (RM Nr. 26/75);
3. 9. 1975, Amtsgericht Dortmund, 11 Uhr (RM Nr. 30/74 und 39/74).

Am Abend des 15. Juli wird eine Veranstaltung stattfinden, auf der über den ersten Prozeßtag gegen den ROTEN MORGEN berichtet wird. Ort und Zeit sind in den Parteibüros von NRW zu erfragen.

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

SPENDENAUFRUF

Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 25 400 DM ergingen allein im Jahr 1974 gegen den ROTEN MORGEN. Fast alle diese Strafbefehle sind gekoppelt mit der Anordnung, den ROTEN MORGEN einzuziehen. Die Partei wird gegen diese Angriffe auf den ROTEN MORGEN, auf die kommunistische Agitation und Propaganda kämpfen. Auch im Gerichtssaal. Aber diese Prozesse zu führen, kostet viel Geld. Aber nicht nur Rechtsanwälte, Gerichtskosten usw. müssen bezahlt werden. Um diese Prozesse zu einem Bumerang für die Bourgeoisie zu machen, ist es notwendig, mit Flugblättern, Veranstaltungen usw. die Werktätigen zu informieren, sie zur Solidarität aufzurufen. Auch diese Agitation und Propaganda muß bezahlt werden.

Wir bitten deshalb alle Leser des ROTEN MORGEN:
Unterstützt Eure Zeitung durch Spenden!
Verstärkt die finanzielle Unterstützung des ROTEN MORGEN!

Verlag G.Schubert

Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466
oder Stadtsparkasse Dortmund Nr.321 004 393

Fahrpreiserhöhungen in mehreren Städten

Werktätige kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen

Der militante Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg ging auch nach dem Beschluß des Gemeinderates, die Fahrpreise um 25% ab 1. August zu erhöhen, mit äußerster Schärfe weiter. Die Polizei probte den Bürgerkrieg. Mit faschistischen Angriffen ging die Polizei gegen die Bevölkerung vor, schlug alles nieder, was sich ihr in den Weg stellte, und belegte mit ihrem „Pfeffernebel" die Heidelberger Innenstadt, wo sie das erste Mal diese neue amerikanische Waffe gegen die kämpfende Bevölkerung ausprobierte.

12- und 13jährige Kinder wurden wie Schwerverbrecher im Polizeigriff abgeführt. Frauen und Kinder mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden, weil sie fast erstickt wären an diesen chemischen Kampfstoffen, von den Prügeleien der Polizei ganz zu schweigen. Aber das ist nur die eine Seite.

Auf der anderen Seite kämpfte die Bevölkerung gegen diese Angriffe des Staatsapparates. Die Brutalität der Polizei rief noch mehr Haß und Empörung bei der Bevölkerung hervor. So wuchs die Zahl der Demonstranten weiter, und auf die Polizei hagelten Steine, Aschenbecher, Flaschen und alle möglichen Gegenstände herab. Selbst die bürgerliche Presse mußte schreiben, daß die Bevölkerung sich noch mehr mit den Demonstranten solidarisierte und die Polizeiangriffe verurteilte.

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg versuchte die Bevölkerung einzuschüchtern: entweder Erhöhung der Fahrpreise oder der ganze Verkehrsbetrieb würde eingestellt. Doch solche Sprüche hatten kaum Einfluß auf die Bevölkerung, sie zeigen nur, wie durchtrieben diese sogenannten Volksvertreter sind. Die größte Unverschämtheit ist aber, daß viele Demonstranten mit einer Anzeige wegen Landfriedensbruch zu rechnen haben. Hier zeigt sich, wie der Staatsapparat mit allen Mitteln gegen die Bevölkerung vorgeht, wie das Volk mit Polizeiterror und bürgerlicher Klassenjustiz niedergehalten werden soll, das mit Recht gegen seine Ausplünderung durch den Staat ankämpft. Allein die Fahrpreise in Heidelberg sind in den letzten 10 Jahren fünfmal erhöht worden. Mit den Fahrpreiserhöhungen hat sich aber keineswegs das Verkehrswesen verbessert, sondern es sind sogar noch Strecken stillgelegt worden und Verkehrsmittel eingespart worden, so daß sich die Lage für die Bevölkerung und die Arbeiter der Verkehrsbetriebe noch mehr verschlechtert hat. Hier kann es keinen Frieden geben, sondern nur unversöhnlichen Klassenkampf.

Die modernen Revisionisten, diese üblen Handlanger des Staatsapparates, behaupten: Die Demonstranten hätten die Polizei mit ihren Krawallen provoziert. Sie rechtfertigen das faschistische Vorgehen der Polizei und schieben der kämpfenden Bevölkerung die Schuld zu. Sie rufen auf, „disziplinierte" Aktionen zu unternehmen. Ihr Ziel ist es zu verhindern, daß die Bevölkerung militant kämpft, daß die Bevölkerung in diesen Kämpfen lernt, daß sie gegen diesen Staatsapparat unversöhnlich und revolutionär kämpfen muß, daß sie erkennt, daß dieser Staatsapparat ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse ist, den es in der Revolution zu zerschlagen gilt. Deshalb stellen sie sich schützend vor ihn und rufen die Bevölkerung auf, nicht den sogenannten Chaoten zu folgen, sondern sich an friedlichen, geordneten Aktionen im Rahmen der Gesetze zu beteiligen. In Hannover haben die modernen Revisionisten sogar gemeinsam mit der Polizei gegen die Demonstranten geprügelt.

Fahrpreiserhöhungen sind auch in anderen großen Städten Westdeutschlands angekündigt. In Frankfurt und Köln sollen die Preise sogar bis zu 50% erhöht werden. In Frankfurt hat es aus diesem Grund auch schon verschiedene Protestaktionen gegeben. Die Partei hat mit der GRF (KPD) und den Komitees gegen Fahrpreiserhöhungen eine gemeinsame Demonstration durchgeführt und hielt einige Kundgebungen ab. In der letzten Woche wurden verschiedene andere Kundgebungen abgehalten, bei denen sich die Polizei in Zivil auf die Kundgebungsteilnehmer stürzte und über 10 von ihnen zeitweilig festnahm. **Wir müssen den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen unterstützen, uns eng mit der Bevölkerung zusammenschließen im Kampf gegen die modernen Revisionisten und Opportunisten, damit diese unerhörte Ausplünderung der werktätigen Massen erfolgreich abgewehrt werden kann.**

Fortsetzung von Seite 1

„Die Völker gegen diese beiden waffenstrotzenden Giganten?", mag mancher fragen. Gewiß, die beiden Supermächte sind gefährlich und man darf sie nicht unterschätzen. Aber entscheiden Waffen den Krieg? **Genosse Enver Hoxha sagt zu dieser Frage: „Die feindlichen Imperialisten und Sozialimperialisten versuchen, uns mit ihren zahlreichen und mächtigen Waffen zu erschrecken. Aber die wirkliche Stärke liegt nicht in der Zahl der Soldaten, noch in der Menge oder der Art der Waffen. Die Geschichte hat in jeder Hinsicht gezeigt, daß ein Volk und ein Land, das für eine gerechte Sache kämpft und entschlossen ist, sie bis zum Schluß zu verteidigen, unbesiegbar ist, auch wenn es hinsichtlich der Bewaffnung unterlegen ist. Es gibt keine Armee, die stärker und militärisch besser vorbereitet ist als eine Volksarmee, und keine Armee ist mächtiger als der Volkskrieg, in dessen Flammen jeder Angreifer umkommt und vernichtet wird."**

Das ist der Standpunkt, auf dem die Völker stehen, auf dessen Grundlage sie siegreich kämpfen. Der heroische Sieg des kambodschanischen und des vietnamesischen Volkes über den waffenstrotzenden US-Imperialismus hat dies glänzend bestätigt. Diese Völker konnten den Sieg davontragen, weil Schulter an Schulter mit ihnen die Völker in allen Teilen der Welt für die gerechte Sache der indochinesischen Völker kämpften.

Der Kampf gegen die beiden Supermächte, die Quelle eines neuen imperialistischen Weltkrieges sind, ist auf der ganzen Welt entbrannt, ob im Nahen Osten, in Asien, Afrika, Lateinamerika, Ost- und Westeuropa. Verstärken auch wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen die beiden Supermächte, die auf dem Boden unserer Heimat ihre Besatzerherrschaft ausüben, reihen wir uns ein in die internationale Front gegen die beiden Supermächte, um ihren Ambitionen, in Europa oder sonst auf der Welt einen Weltkrieg für ihre Weltherrschaft zu entfesseln, ein Ende zu setzen.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

REDE DES GENOSSEN ERNST AUST ZUR EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN

Am 28. Juni sprach Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, vor rund 700 Zuhörern über die Bedeutung des verstärkten Kampfes zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Die Westberliner Genossen hatten mit Flugblättern und Einladungsschreiben an die Gruppe Rote Fahne (KPD) und den Kommunistischen Bund Westdeutschlands zu dieser Veranstaltung eingeladen und auf ihre Bedeutung hingewiesen.

Auf der Veranstaltung folgten alle Zuhörer mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Ernst Aust über die Ursachen der Zersplitterung, der Einschätzung der Widersprüche in der revolutionären Bewegung und die Konsequenzen, die unsere Partei daraus zieht, die jeder Marxist-Leninist daraus für die Führung des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten ziehen muß.



Deutlich war zu spüren, wie auch die Genossen anderer Organisationen, besonders der GRF (KPD) und des KBW, die etwa ein Drittel der Anwesenden ausmachten, mit wachsendem Interesse der Rede folgten. Die anfänglichen Lacher und ironischen Bemerkungen hörten bald auf, und auch der sonst während der Veranstaltungen übliche rege Verkehr an den Büchertischen vor dem Veranstaltungssaal unterblieb.

Mit langanhaltendem Beifall gaben die Genossen ihrem Willen Ausdruck, gemäß der im Referat ausgeführten Linie den Kampf um die Einheit voranzutreiben.

Mehrere auf der Veranstaltung geknüpfte Kontakte zeigen, daß die Rede des Genossen Ernst ein entscheidender Beitrag zur Festigung des Vertrauens in unsere Partei bildet. Das zeigte sich auch an der Spendensammlung, die 2 100 DM ergab und an dem hohen Verkaufsergebnis an unserem Büchertisch, das mit 710 DM eines der höchsten bisher erzielten ist.

Gleich nach der Veranstaltung fragten viele Genossen anderer Organisationen, wann es die Rede zu kaufen gäbe. So kann man schon jetzt sagen, daß mit diesem Beitrag unsere Partei einen weiteren Markstein auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten gesetzt hat.

Dieser Ausgabe der ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Türkische Kollegen werden abgeschoben

Ein Angriff auf alle ausländischen Arbeiter

Obwohl 11 der gefangenen Kollegen aus der Türkei und viele ihrer Verwandten in den Hungerstreik getreten sind, um damit gegen die geplante Abschiebung und für die Entlassung aus der Abschiebehaft zu demonstrieren, sind in der Nacht vom Freitag auf Samstag in der letzten Woche weitere 6 Kollegen in die Türkei abgeschoben worden.

Seit Anfang Mai sind die Kollegen aus der Türkei bereits in Haft. Sie hatten gemeinsam mit anderen Kollegen gegen die Entlassung von 19 ausländischen Arbeitern der Dynamit Nobel Werke gestreikt. Sofort wurden sie auf der Grundlage des Ausländergesetzes in Abschiebehaft genommen. Am Mittwoch hat das Verwaltungsgericht Ansbach die Einsprüche gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Abschiebung abgelehnt, und einen Tag später fällte der Verwaltungsgerichtshof in München das gleiche Urteil.

Für die Kollegen aus der Türkei kann das bedeuten, daß sie in ihrem Heimatland für mehrere Jahre verhaftet werden. Dabei ist es dem Staatsapparat vollkommen egal, daß die Kollegen von ihren Familien getrennt werden, daß z. B. eine Mutter mit drei Kindern alleine zurück bleibt, daß unter den Verhafteten sich eine Kollegin befindet, die in fachärztlicher Behandlung ist, weil sie einen Unfall hatte.

Die Klassenjustiz fürchtet, daß die Hintergründe dieses faschistischen Vorgehens aufgedeckt werden. Die Rechtsanwälte haben bisher noch nicht einmal Akteneinsicht erhalten, sie wurden bewußt nicht informiert, als die Haftprüfungstermine durchgeführt wurden, und auch die Abschiebung wurde ohne ihr Wissen in aller Heimlichkeit vollzogen. Alle Haftbefehle waren im Wortlaut gleich. In diesen Haftbefehlen stand z. B., daß die Kollegen eine Fotoreporterin angegriffen hätten. Dieser Angriff soll eine Stunde vor der Verhaftung der Kollegen stattgefunden haben. Einer der Türken ist aber bereits am Vormittag und nicht am Nachmittag, als die anderen verhaftet worden sind, festgenommen worden. Das ist z. B. ein Beweis für die Lügen der bürgerlichen Klassenjustiz, vor deren Veröffentlichung die Bourgeoisie sich fürchtet. Deshalb haben die Rechtsanwälte, die juristisch keine Möglichkeit mehr haben, die Abschiebung zu verhindern, weil der Staatsapparat sich die entsprechenden Gesetze geschaffen hat, eine Pressekonferenz durchgeführt.



An dem Vorgehen der Bourgeoisie wird vielen klar, daß der Staatsapparat ein Instrument der Bourgeoisie ist, zur Niederhaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Dieser Staatsapparat hat sich dafür die Gesetze geschaffen, wie das Ausländergesetz, mit denen er, unter dem Anschein der Gerechtigkeit, gegen das Volk vorgeht und die Ausländer noch besonders entrechtet. Mit diesen Abschiebungen sollen alle ausländischen Kollegen eingeschüchtert werden, damit sie sich nicht ihrer Unterdrückung und besonderen Diskriminierung erwehren.

Die Partei hat am Samstag gegen dieses Vorgehen des Staatsapparates Agitation und Propagandastände gemacht, Flugblätter verteilt, den Roten Morgen verkauft und Wandzeitungen angefertigt. Am gleichen Tag fand auch eine Demonstration der GRF (KPD) statt. Insgesamt konnten 40 Rote Morgen verkauft werden und viele Kollegen waren empört über diese Unterdrückung. „Eine Sauerei ist das, wie man mit ihnen umgeht."

Die Partei wird gegen die Abschiebung und das Vorgehen des Staatsapparates weiterkämpfen und an den Betrieben die Kollegen darüber informieren, denn an dem Fall zeigt sich deutlich, nur der gemeinsame revolutionäre Kampf der deutschen und ausländischen Arbeiter kann solche Angriffe der Bourgeoisie abwehren.

Wochenlanger Streik in Bayern

Fliesenleger gegen offenen Lohnraub

Seit dem 5. Mai befinden sich die Fliesenleger Bayerns bereits im Streik. Sie kämpfen für die Erhaltung ihrer bisherigen Lohnsätze, gegen offen geplante Lohnsenkungen, über die Gewerkschaftsführer und Kapitalisten verhandeln und die sie gemeinsam durchsetzen wollen. Daß dieser Streik, der trotz der schwierigen Kampfbedingungen – die Fliesenleger sind in vielen kleinen Firmen tätig und damit ziemlich zersplittert, 2 000 von ihnen sind bereits arbeitslos – schon über mehrere Wochen geht, zeigt ihre große Kampfentschlossenheit und Solidarität.

Mitte letzten Jahres haben die Kapitalisten den Zusatzvertrag der Fliesenleger gekündigt, seitdem verhandeln Gewerkschaftsbonzen und Kapitalisten über die Lohnsenkung der Fliesenleger. Die Fliesenleger erhalten keinen Stundenlohn, sondern bekommen verlegte Quadratmeter Fliesen bezahlt. In diesem Zusatztarifvertrag wird festgelegt, wieviel Zeit sie bekommen, um einen Quadratmeter Fliesen in Mörtel zu verlegen. Bisher war der Satz 2,65 Stunden. Dieser Satz soll um 20-50% gesenkt werden. Das heißt, für die gleiche Arbeit sollen die Fliesenleger teilweise nur noch die Hälfte der Zeit haben. Damit wird die Akkordschinderei ungeheuer erhöht; denn um auf den gleichen Lohn wie früher zu kommen, müßten die Kollegen teilweise doppelt soviel arbeiten.

Zweimal haben die IG Bau-Steine-Erden-Führer schon einem Lohnabbau zugestimmt. Um den Lohnraub zu verschleiern, nennen sie das „Bereinigung". Am Beispiel der Schere stellen sie das häufig dar. Sie meinen damit, daß der Unterschied zwischen dem tariflich festgelegten Lohn und dem wirklich ausbezahlten Lohn zu groß ist, so daß der tatsächliche Lohn von Zeit zu Zeit gesenkt werden muß, damit er sich nicht zuweit vom Tariflohn entfernt. „Bereinigung" heißt immer Lohnraub und die Gewerkschaftsführer erweisen sich auch hier wieder als Unterdrücker und Feinde der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaftsführer haben sich an die Spitze des Streiks gestellt, um den Kampf der Kollegen in den Griff zu bekommen, um ihn möglichst abwürgen zu können. Sie wollen verhindern, daß die Kollegen gegen diese offen geplante Lohnsenkung entschlossen und erfolgreich ankämpfen. Dreist geben sie zu, daß sie schon öfters solchen Lohnraub betrieben haben. „Wir haben bereits in früheren Jahren Bereinigungen vorgenommen, ohne daß es zu Arbeitskämpfen gekommen ist", schreiben sie selbst. Mit einigen Kapitalisten haben sie auch schon Einzelverträge abgeschlossen, um die Streikfront zu brechen. Doch die Kollegen dieser Firmen solidarisieren sich mit ihren streikenden Kollegen und spenden Geld zur Streikunterstützung.

Mit Erpressermethoden versuchen die Kapitalisten die Arbeiter zu spalten. Die Firma Lehfer & Co. ist ein Beispiel für viele. „Sollten Sie nach wie vor geschlossen den Streik weiterführen, so können Sie versichert sein, daß weitere Entlassungen unumgänglich sind." Die übelste Methode, die sich Lehfer & Co. geleistet hat, ist der Versuch, die Ehefrauen gegen die streikenden Arbeiter auszuspielen, damit sie die Arbeit wieder aufnehmen. Der Firmenchef besuchte selbst die Frauen der Fliesenleger und drohte ihnen mit Kündigungen und Wegfall des Versicherungsschutzes ihrer Männer. In einem Rundschreiben weist er die Männer darauf hin, sie sollten doch mal mit ihren Frauen die ganze Situation besprechen!

Doch trotz dieser Unterdrückungsmaßnahmen streiken die Kollegen weiter. **Erfolgreich kann ihr Kampf aber nur dann sein, wenn sie nicht nur die Kapitalisten bekämpfen, sondern gleichfalls die Gewerkschaftsbonzen, die gemeinsam mit den Kapitalisten, auch wenn sie sich scheinbar auf die Seite der Kollegen stellen, den Lohnraub, die Akkordverschärfung durchsetzen wollen.**

Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

"Wohlgesonnenheit" des Richters: Kollegin mußte zahlen

Im Dortmunder Arbeitsgericht fand vor kurzem ein Prozeß gegen eine ehemalige Kollegin statt. Sie hatte im September letzten Jahres gekündigt und das Urlaubsgeld, das sie im Sommer für das ganze Jahr erhalten hatte, für die restlichen drei Monate nicht zurückgezahlt. Es handelte sich um einen Betrag von ungefähr 55 DM.

Nun war zu dem Prozeßtermin ihr ehemaliger Chef als Anklagevertreter nicht erschienen und der Prozeß hätte eigentlich platzen müssen. Doch siehe da, was passierte: Als der Richter merkte, daß er ein Säumnisurteil erlassen müsse, wenn niemand kommt, rief er schnell die Abteilung an, über die im Konzern alle Prozesse laufen und teilte die Situation mit. Daraufhin wurde noch schnell ein Vertreter einer Dortmunder Filiale mit einer Vollmacht zum Arbeitsgericht geschickt und der Prozeß konnte starten.

Die Kollegin mußte den Betrag zurückzahlen.

Die sogenannte Rechtsabteilung schrieb dann später in einem Brief an die Filiale, in der die Kollegin beschäftigt gewesen war, daß man unwahrscheinliches Glück gehabt hätte, daß der Prozeß so günstig ausgegangen wäre, und daß dies nur auf die Wohlgesonnenheit des Richters zurückzuführen ist, da man sonst ein Säumnisurteil bekommen hätte.

Nur ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Gerichten und den Kapitalisten.

Eine Genossin aus Bochum

Unfallschutz findet Bremsen für den Kran überflüssig

Seit ca. 2 Jahren bin ich Kranführerin für Brückenkräne. Zur Zeit arbeite ich auf einem sehr hohen und schnellen Kran. Bevor man überhaupt einen Kran fahren darf, hört man sehr viel über die Unfallschutzbestimmungen, z. B. verboten ist: schräg Aufziehen, Ziehen von Schienenfahrzeugen, und der Kran braucht bei 30 m in der Minute eine Bremse. Das Ziehen von Schienenfahrzeugen wird fast überall aus Profitgründen gemacht, denn es dauert zu lange, bis die Lok kommt. Schon vor einem Jahr hatte ich einen Kran ohne Bremse in der Langfahrt. Ohne Bremse kann man wohl fahren, aber wenn irgendetwas passiert, ganz egal was es ist, der Kranführer hat immer Schuld. Denn das Fahren von so einem Kran ist verboten und der Kranführer ist dafür verantwortlich. Praktisch heißt das, man müßte sich weigern, einen Kran ohne Bremse (oder andere fehlende Teile) zu betreten. Führt man so einen Kran, hat man für alles die Verantwortung. Weigert man sich zu fahren, fliegt man raus. Ich drohte meinem Meister mit Arbeitsverweigerung und verständigte den Unfallschutz. Es dauerte 7 Monate bis die Bremse montiert wurde.

Vor einer Woche kam ich in einem anderen Werk auf einen Kran ohne Bremse in der Langfahrt und ohne Bremswirkungen in Katzfahrt. Ich ging zu meinem Meister und erklärte ihm, daß dieser Kran, der sehr schnell ist, eine Bremse braucht. Er meinte, daß er schon 5 Jahre ohne Bremse gefahren wird und das die Installation nicht möglich sei. Dieser Chef ist der Sicherheitsbeauftragte für unsere Halle!!! Die Kolleginnen in der Kaue machten mir Feuer unterm Arsch, daß ich mir das nicht gefallen lassen darf und jetzt, wo ich neu bin, stark dafür kämpfen muß, weil die Meister nachher sagen, ich sei ja lange genug ohne Bremse gefahren und es ging doch ganz gut usw.

Als ich dann einen Kollegen genau wegen dieser Sachen fast umgebracht hätte, ging ich direkt zum Unfallschutz. Der kam am anderen Tag zu meinem Meister ins Büro und sie redeten einige Stunden zusammen. Die Katzfahrbremse wurde zwar nachgestellt, aber ich bekam kein Werkzeug, um sie ständig nachstellen zu können. Die Begründung, die Langfahrtbremse sei nicht zu installieren, scheint sich auch beim Unfallschutz durchgesetzt zu haben.

Als Trost erzählte der Meister: Wenn der Strom mal ausfällt und sie fahren volle Fahrt gegen die Wand, haben sie keine Angst, halten sie sich fest, die Wand wird nicht brechen. Der Kran prallt ab und wird bis zur Mitte der Halle zurückgeschleudert!!! Schöne Aussichten!

Rot Front!
Eine Genossin aus Bochum

Rationalisierung und Arbeitshetze – Explosion tötet Kollegen

Mit der zunehmenden Rationalisierung und Arbeitshetze hört man immer, daß Arbeitsunfälle passieren. Was es mit der „Sicherheit am Arbeitsplatz" im Kapitalismus auf sich hat, mußte ein Arbeiter in Kunigunde, einem kleinen Ort am Harz zwischen Goslar und Salzgitter mit dem Leben bezahlen. Bekannte und Kollegen von ihm erzählten mir, daß Gerd H. in der „Pulverfabrik" in Kunigunde arbeitete, die zur Wasag-Chemie gehört. Dort sollen angeblich nur Feuerwerkskörper produziert werden, aber es ist bekannt, daß aus den Schwarzpulverplatten auch Sprengstoff und Munition hergestellt werden.

In den letzten Wochen und Monaten hat auch dort die Arbeitshetze immer mehr zugenommen, denn der Arbeiter soll schon oft zu seiner Frau gesagt haben: „Wenn das so weiter geht, passiert noch mal was!" Am 5. Juni explodierte dann der Bunker, Gerd H. wurde dabei getötet. Die Detonation war noch ein paar km weit zu hören in den Nachbarorten. Es war auch nicht die erste, denn schon früher passierte dort sehr viel, so daß bei den Einwohnern von Kunigunde die Fensterscheiben zersprangen. Die genaue Ursache der Explosion wurde natürlich verschwiegen. Kollegen vermuten, daß wieder mal eine der alten Maschinen die schlecht abgesichert sind, und die in letzter Zeit immer öfter ohne Unterbrechung in Gang sind, warmgelaufen ist und es durch die Reibung zur Explosion gekommen ist.

Gerd H. hat es mit dem Leben bezahlt. Aber nicht nur die Arbeiter im Betrieb sind gefährdet, sondern auch die Einwohner von Kunigunde. Das aber ist den Kapitalisten egal, ihnen kommt es nur auf den Profit an, und sie gehen dabei über Leichen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Goslar.

Revisionistisches

SOZIALFASCHISTISCHE HETZE DER D„K"P

Nachdem in der Bielefelder „Neuen Westfälischen" der Leserbrief eines Jugendlichen erschienen war, der sich über die Verhaftung der 18 GRF-Genossen in Ostberlin empörte, den Mordanschlag der D„K"P auf Genossen der KPD/ML in Bochum vor der Landtagswahl in NRW anprangerte und die modernen Revisionisten als Wegbereiter des Faschismus bezeichnete, antwortete Götz Bockmann, Vorsitzender der D„K"P-Kreisorganisation mit einer Stellungnahme, in der es unter anderem heißt: „In Ostberlin wurden 16 Rowdies verhaftet, abgeurteilt und der Westberliner Polizei übergeben. (. . .) Auf das Konto dieser Wirrköpfe gehört beispielsweise auch die seinerzeitige Verwüstung des Bonner Rathauses. Die Hauptstadt der DDR ist nun einmal nicht Hauptstadt der Bundesrepublik, wo politische Rowdies vom Schlage maoistischer Krimineller Schlagzeilen machen." Das ist im Klartext die „Verwirklichung der Grundrechte", für die die D„K"P Propaganda macht: Nämlich für eine noch schärfere Verfolgung der Marxisten-Leninisten, als sie heute schon existiert. Götz Bockmann ist im übrigen den Bielefelder Jugendlichen bekannt. Während er bei einer Besetzung der Räume des Arbeiterjugendzentrums auf einer Hausversammlung Propaganda für Verhandlungen machte und meinte, er würde die Sache schon mit einem guten Bekannten (SPD-MdB) im Sinne der Jugendlichen regeln, zeichnete er sich im letzten Jahr als Mitglied einer Schlägertruppe aus, die verhinderte, daß Genossen der Partei in eine Großveranstaltung der D„K"P anläßlich des Jahrestags der Verabschiedung des Grundgesetzes gehen konnten, um gegenüber den Lügen der D„K"P den wahren volksfeindlichen, kapitalistischen Charakter des Grundgesetzes zu entlarven.

DDR-PROPAGANDA: GLÜCKLICHE LIEBE DURCH MORD

Die wachsende Zahl der Verbrechen in der Bundesrepublik, die Propaganda für das Verbrechen in Büchern und Fernsehen empört viele Menschen in unserem Land. Die modernen Revisionisten der D„K"P sind scheinbar auch dagegen. Sie behaupten, das sei nur bei uns so, in der DDR, die sie sozialistisch nennen, sei das zum Beispiel ganz anders.

Daß in der DDR aber die Zahl der Verbrechen steigt, seit eine neue Bourgeoisie die Macht dort erobert hat, ist bekannt. Daß die steigenden Verbrechen im Interesse der neuen Bourgeoisie sind und von ihr bewußt gefördert werden, zeigt ein Blick in die Nummer 23/75 der DDR-Zeitschrift „Neue Berliner Illustrierte". Dort wird unter anderem der kanadische Film „Kamouraska" besprochen. In diesem Film geht es unter anderem darum, daß eine Frau zusammen mit ihrem Geliebten ihren Mann umbringt. Die NBI schildert: „Um endlich das höchste Glück zu erlangen, beschlossen die beiden Liebenden, den Hausherren zu ermorden. (. . .) Ein Prozeß und der damit verbundene gesellschaftliche Skandal waren die gefürchteten und unvermeidlichen Folgen."

Wer nun glaubt, daß sich in der NBI auch nur ein Wort der Kritik an diesem Film findet, der sieht sich getäuscht. Die NBI kommentiert: „Was sich liest wie ein Groschenroman, ist im Film . . . in faszinierenden Bildern von großer Schönheit und Farbe eingefangen. Literarische Vorlage und Film kritisieren moralische und religiöse Konventionen einer sittenstrengen bürgerlichen Gesellschaft." – Ein Kommentar zu dieser von der D„K"P gepriesenen „proletarischen Moral" ist wohl überflüssig.

Aktion iranischer Patriotenin Hagen

Nieder mit dem Schah-Regime!

„Nieder mit dem Schah-Regime!" – Dieses Transparent entrollten iranische Genossen am 1. 7. 75 auf dem Spielfeld des Stadions in Hagen. Hier wurden an diesem Tag die 27. Internationalen Militärfußballmeisterschaften, an denen auch die Armee des Schah-Regimes teilnimmt, eröffnet.



Feldjäger der Bundeswehr versuchen brutal,die Aktion iranischer Patrioten zu verhindern

Angeblich sollen diese Meisterschaften der Völkerfreundschaft dienen. Aber die iranische Armee ist kein Freund der Völker. Sie ist es, die gemeinsam mit dem Geheimdienst Savak die iranischen Patrioten und Kommunisten brutal unterdrückt. In den letzten drei Jahren wurden nach offiziellen Angaben 360 Patrioten hingerichtet. Erst im April dieses Jahres wurden 9 politische Gefangene nach Folterungen ermordet. Vor einigen Tagen wurden die Namen von weiteren hingerichteten Revolutionären bekannt: Chusro Taragol und Hussein Sallahi. Am letzten Sonntag sollen nach Presseberichten vier weitere Patrioten in der Nähe von Teheran von Sondereinheiten der Armee ermordet worden sein. Aber nicht genug damit. Seit Ende 1973 beteiligt sich die iranische Armee im Auftrag des US-Imperialismus am Völkermord in Oman gegen den revolutionären Befreiungskampf des Volkes.

Diesen tatsächlichen Charakter der iranischen Armee zeigte die Föderation Iranischer Studenten (FIS) in einem Flugblatt auf, das während der Aktion auf dem Spielfeld verteilt wurde.

Feldjäger aus der Bundeswehr und Polizei ging brutal gegen die iranischen Genossen und deutsche Demonstranten vor. 12 von ihnen wurden festgenommen, mehrere von ihnen schwer verletzt. So wurde dem Genossen rechts auf dem Bild der Arm gebrochen. Viele unter den Zuschauern waren über dieses Vorgehen gegen die Demonstranten sehr empört, und das Flugblatt der FIS wurde interessiert gelesen.

Angriffe auf die Ortsgruppe Reutlingen der GDCF

Auf einer Bundesdelegiertenkonferenz der „Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft" (GDCF) sind Anfang Juni die beiden Genossen Hermann Z. und Horst G., beide ehemalige Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Reutlingen der GDCF, suspendiert worden. Sie haben damit alle ihre Rechte als Mitglieder verloren und dürfen insbesondere nicht mehr als Delegierte an der Bundeskonferenz teilnehmen, obwohl sie von ihrer Ortsgruppe dazu gewählt worden sind.

Einige Mitglieder des Bundesvorstandes der GDCF hatten ursprünglich beantragt, die beiden Genossen auszuschließen und wollten dazu sogar die Satzung ändern lassen. Dieser Antrag wurde jedoch von der Bundesdelegiertenkonferenz vorläufig zurückgewiesen.

Die Genossen Horst G. und Hermann Z. sind als Kommunisten der KPD/ML bekannt. Genosse Horst G. ist deshalb sogar mit Berufsverbot als Lehrer belegt und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Einige Mitglieder des Bundesvorstandes der GDCF haben nun den beiden Genossen ausdrücklich vorgeworfen, daß sie für die KPD/ML eintreten und sind sogar soweit gegangen, zu behaupten, die ganze Ortsgruppe der GDCF Reutlingen sei mit der KPD/ML gleichzusetzen, weshalb man sie am besten gleich vollständig aus der GDCF ausschließen sollte. Alle diese Dinge schaden der Entwicklung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk. Gerade die Nationalausstellung der VR China in Köln hat das große Interesse und die große Sympathie gezeigt, die immer mehr Menschen für die VR China empfinden. Der überwältigende Erfolg dieser Ausstellung ist ein Zeichen dafür, wie sich die Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk vorwärtsentwickelt. Das gleiche gilt auch für die Entwicklung der GDCF und vor allem für die immer stärker werdenden Bestrebungen der Freunde der VR China, die Zersplitterung und die Spaltung der verschiedenen Freundschaftsgesellschaften zu überwinden, ein Wunsch, der seinen Ausdruck auch darin gefunden hat, daß es aus Anlaß der Nationalausstellung der VR China zum ersten Mal zu einer gewissen Zusammenarbeit zwischen der GDCF auf der einen Seite und der „Arbeitsgemeinschaft deutsch-chinesischer Freundschaftsgesellschaften" auf der anderen Seite gekommen ist.

Die Suspendierung der beiden Genossen und die Angriffe gegen die Ortsgruppe Reutlingen nützen aber nicht der Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk, sie schaden ihr im Gegenteil, weil sie die schlimmsten Feinde der VR China, die russischen Sozialimperialisten und ihre 5. Kolonne, die modernen Revisionisten, in Schutz nehmen. **Horst G. und Hermann Z. sind vor allem deshalb suspendiert worden, weil sie die Hetze und die Lügen der russischen Sozialimperialisten und der modernen Revisionisten entlarvt und bekämpft haben.** Es ist behauptet worden, daß das gegen das Programm der GDCF verstößt. Das ist äußerst fadenscheinig. Im Programm heißt es klipp und klar: „Sie (die GDCF) wendet sich gegen jede Diffamierung der VR China und gegen jede Aggression von außen." Eine klarere Sprache haben denn auch die geführt, die offen sagten: „Wir machen den Antisowjetismus der Chinesen nicht mit." Wer so etwas sagt, sollte sich überlegen, daß er damit die ärgsten Feinde der VR China in Schutz nimmt. **Wer sogar verbieten will, daß die Hetze der russischen Sozialimperialisten enthüllt wird, der unterstützt die Angriffe gegen die VR China, der sabotiert die Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk und zersetzt die Reihen der GDCF.**

Als Grund für die Suspendierung ist außerdem angeführt worden, daß ein Mitglied der Ortsgruppe Reutlingen der GDCF auf einer Reise in die VR China zwei gleiche Nummern des ROTEN MORGEN mit sich geführt hat, ohne daß sich die beiden Genossen davon distanziert haben. Das ist eine offensichtliche Entstellung des Beschlusses der GDCF, der auch von der Ortsgruppe Reutlingen unterstützt wird, daß Zeitungen von Parteien oder Organisationen in der VR China nicht von der GDCF vertrieben werden dürfen. **Aber das Mitnehmen von Zeitungen ist ein selbstverständliches Recht und noch kein Mensch ist auf die Idee gekommen, bestimmte Mitglieder der GDCF zu suspendieren, weil sie etwa die „Kommunistische Volkszeitung" mit in die VR China genommen haben.**

Aus all dem spricht offene Feindschaft gegen die Partei und das Bestreben, die Mitglieder und Freunde der KPD/ML von der Mitarbeit und Mitgliedschaft in der GDCF auszuschließen. Schutz der Hetze der russischen Sozialimperialisten auf der einen Seite, Ausschluß der Genossen der Partei auf der anderen Seite – das sollte auch allen denen zu denken geben, die deshalb für die Suspendierung gestimmt haben, weil sie auf die Behauptung hereingefallen sind, daß die Ortsgruppe Reutlingen der GDCF, weil ihr ehemaliger Vorstand aus Freunden der KPD/ML gebildet wurde, durch und durch sektiererisch sei, die sich nicht vorstellen können, daß die Ortsgruppe Reutlingen nicht einmal in ihrer Mehrheit aus Genossen der KPD/ML oder der Roten Garde besteht. Sie hätten sich leicht vom Gegenteil überzeugen können, wenn sie z. B. bedacht hätten, daß die Reutlinger Ortsgruppe in den vergangenen 14 Monaten 18 Versammlungen und Diavorträge in Reutlingen und den Dörfern der Umgebung durchgeführt hat und dabei zahlreiche neue Freunde der VR China gewinnen konnte, daß sie in 14 Monaten für 7 000 DM Literatur vertrieben hat.

Wir sind überzeugt davon, daß alle Versuche, die Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk zu sabotieren, die russischen Sozialimperialisten in Schutz zu nehmen und die Genossen unserer Partei von der Mitgliedschaft in der GDCF auszuschließen, scheitern werden.



Abonniert China im Bild

Einzelh. 1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre
DM 1,00 10,00 15,00 20,00

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

Vom Aufbau des Sozialismus

INTERVIEW MIT CHINESISCHER BERGSTEIGERIN

Am 27. Mai bezwang eine neunköpfige chinesische Alpinistenmannschaft erfolgreich den höchsten Berg der Welt, den Tscholmolungma. Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem Hsinhua-Interview mit der einzigen Frau in dieser Mannschaft ab.

Phantog, stellvertretende Leiterin der Expedition, ist 37 Jahre alt und dreifache Mutter. Phantog sagte: „Ich war freudig erregt, als wir den Gipfel des Tscholmolungma betraten. Ich stand dicht neben Hou Sheng-fu, als er unsere Siegesbotschaft zur Bodenstation sendete und aufmerksam auf die Antwort lauschte. Als plötzlich die Glückwünsche unserer Waffengenossen aus der Bodenstation über das Radiophon kamen, stimmte ich ein in den Ruf: „Lang lebe Vorsitzender Mao!", „Lang lebe die Kommunistische Partei Chinas!"

Als wir erfuhren, daß Phantog während der letzten Expedition der Kommunistischen Partei Chinas beigetreten war, fragten wir sie nach ihrer politischen Entwicklung.

Phantog wurde als Tochter einer leibeigenen Familie in Chiangta in Tibet geboren. Ihre Familie hatte weder Land noch ein Haus. Tag und Nacht spann ihre Mutter Wolle und webte Teppiche, doch die Familie konnte unter der Leibeigenschaft kaum genug zum Leben verdienen und sie ging mit ihrer Mutter betteln. Dann nahmen sie Gelegenheitsarbeiten in Shigatse an, wo ihre Mutter vor Erschöpfung und Hunger starb.

Mit der Befreiung wurde Phantog ein neues Leben gegeben. 1958 arbeitete sie auf der „1.-Juli"-Staatsfarm und gehörte zur ersten Generation tibetanischer Arbeiter. 1959 begleitete sie eine chinesische Bergsteigerexpedition. Phantog hat einen starken Charakter und den Willen, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Die Leiden in der alten Gesellschaft haben sie gestählt. Sie stellte hohe Anforderungen an sich selbst und verbesserte ihre bergsteigerische Geschicklichkeit, um Ehre für das Vaterland zu erringen. Dank der geduldigen Hilfe alter Trainer und ihres eigenen konsequenten Trainings wurde sie bald eine außerordentlich gute Bergsteigerin. Während ihrer ersten Bergsteigerexpedition bestieg sie den 7 546 Meter hohen Gipfel des Muztagh Ata im Pamir-Gebirge im Juli 1959. Das brach den damaligen alpinen Rekord der Frauen. 1961 verbesserte sie ihren eigenen Rekord durch Besteigung des Kongur Tuibie Tagh mit 7 595 Metern im Pamir-Gebirge. Dank der aufmerksamen Hilfe und Erziehung durch die Partei trat sie der Kommunistischen Jugendliga bei und wurde 1963 zu politischen und allgemeinen Studien in eine Kaderschule im Zentralen Institut für Nationale Minderheiten geschickt, was ihr half, noch bessere politische Fortschritte zu machen.

Wie die Frauen überall in China, befreite sie ihre Anschauungen weiter während der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius.

In dieser Bewegung, sagte sie, verwarfen die Frauen die konterrevolutionäre, revisionistische Linie Lin Biaos und die Lüge, daß der Mann über der Frau stehe, die Konfuzius predigte. Das erhöhte ihre revolutionäre Begeisterung und gab ihr mehr und mehr das Bewußtsein über ihre eigene Kraft.

Ihre eigenen Erfahrungen in der alten und neuen Gesellschaft vergleichend, sagte Phantog: „In der alten Gesellschaft war ich eine Leibeigene, die gegen den Hunger kämpfte. In der neuen Gesellschaft sind wir, das arbeitende Volk, zu Herren des Landes geworden und führen ein glückliches Leben. Ich selbst wurde ein geehrter Bergsteiger. Die Partei und das Volk haben mir große Ehre erwiesen. Meine eigenen Erfahrungen zeigen mir, daß im Leben der chinesischen Frauen eine große Verwandlung stattgefunden hat. Nur die sozialistische Gesellschaft kann unserer Befreiung den Weg eröffnen, uns, den werktätigen Frauen aller Nationalitäten."

Während sie einigen jungen Mädchen zeigt, wie man Kleider wäscht, sagt Phantog: „Sie haben große Fortschritte gemacht, sowohl politisch als auch was das Bergsteigen betrifft. Während der letzten Expedition erreichten von 36 Bergsteigerinnen 16 eine Höhe von mehr als 7 600 Metern und drei stiegen weiter bis zu 8 600 Metern. Ich bin sicher, daß sehr viel mehr chinesische Bergsteigerinnen in den kommenden Jahren den Fuß auf Gipfel setzen werden."

Ausweisung auf Lebenszeit geplant

Genosse Pittam muss in Deutschland bleiben!

„Ihr Verhalten hat mir gezeigt, daß Sie keinesfalls bereit sind, sich den gesetzlichen Bestimmungen zu beugen, die nun einmal ein Ausländer bei seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu beachten hat" – mir dieser zusammenfassenden, zynischen Begründung haben die Kölner Behörden die Ausweisung des Genossen Paul Pittam, der britischer Staatsbürger ist, verfügt.

In der Verfügung heißt es: Ausweisung auf Lebenszeit, ein Monat Frist, um die dringendsten privaten und familiären Probleme zu lösen; eine aufschiebende Wirkung soll es für die Ausweisungsverfügung nicht geben. Denn, so heißt es, die weitere Anwesenheit des Genossen Paul in unserem Land „beeinträchtigt die Belange der Bundesrepublik Deutschland", „sie kann nicht mehr länger geduldet werden".

Der Grund für die Ausweisung ist einfach zu finden: Genosse Paul ist ein revolutionärer Arbeiter, er ist Kommunist und war bis vor kurzem presserechtlich Verantwortlicher für die Flugblätter und Betriebszeitungen unserer Partei in Köln.

Genosse Paul ist 1968 in unser Land gekommen, um sich hier seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Er hat Seite an Seite mit seinen türkischen und deutschen Kollegen bei Ford in Köln gestreikt und ist deshalb entlassen worden. Bei Clouth wurde er nach der Probezeit nicht eingestellt, weil er Kommunist ist. Jetzt arbeitet Genosse Paul bei der Wacker-Chemie in der PVC-Produktion. Seine Kollegen schätzen ihn. Als sie von seiner geplanten Ausweisung hörten, waren sie sehr empört.

1973 kämpfte Genosse Paul mit unserer Partei in den vordersten Reihen gegen eine provokative Veranstaltung der NPD-Faschisten im Kölner Stadtteil Nippes und wurde dabei festgenommen. **Wegen seines Kampfes verurteilte ihn der berüchtigte Richter Somoskeoy, der sich nicht scheute, ehemalige französische Widerstandskämpfer im Prozeß gegen Beate Klarsfeld aus dem Gerichtssaal prügeln zu lassen, zu fünf Monaten Gefängnis. Es ist denn auch bezeichnend, daß in der Ausweisungsverfügung auf das Urteil dieses Richters Bezug genommen wird, in dem er die NPD-Faschisten als „eine Gruppe Andersdenkender, die in Ausübung ihrer demokratischen Grundrechte für die Partei Propaganda trieben" charakterisiert. Genosse Paul dagegen soll als „gewalttätiger Kommunist", der noch dazu als Ausländer das „Gastrecht", das er hier angeblich genießt, mißbraucht haben soll, ausgewiesen werden.**

Was für ein Hohn! Unsere ausländischen Kollegen sind keine Gäste in unserem Land, sie sind Arbeiter und Werktätige wie wir, mit einem Unterschied: daß sie von der Monopolbourgeoisie als Menschen 2. Klasse behandelt werden, besonders scharf ausgebeutet werden und, nach den reaktionären Ausländergesetzen, fast völlig rechtlos sind. Mit zynischer Offenheit sagt denn auch die Kölner Behörde: *„Es gebt aber nicht an, daß Ausländer, die hier Gastrecht genießen, die auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Vorschriften umgeben und damit eine ordnungsgemäße ausländerbehördliche Überwachung unmöglich machen.* ***Gerade jetzt, da eine Vielzahl von Ausländern im Bundesgebiet lebt, muß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf eine ordnungsgemäße ausländerbehördliche Überwachung und die Einhaltung der gegebenen Bestimmungen streng geachtet werden."***

Weil Genosse Paul aus einem Land der EG kommt, gelten für seine Ausweisung besondere, erschwerte Bedingungen, und das Kölner Ausländeramt mußte deshalb wenigstens zum Teil aufdecken, wie unsere ausländischen Kollegen und besonders die Revolutionäre in unserem Land bespitzelt werden, wie jeder ihrer Schritte überwacht und kontrolliert wird. Der Ausländerbehörde ist z. B. bekannt: Genosse Paul hat am 1. Dezember 1973 ein Flugblatt verteilt – schon am 10. Dezember erhält die Ausländerbehörde darüber eine Aktennotiz der Polizei. Diese Behörde kennt außerdem die Akten des Prozesses gegen Genossen Paul, sie kennt offensichtlich das Protokoll des Prozesses und ihr sind wörtliche Äußerungen des Genossen zugetragen worden.

Diese Polizeistaatsmethoden sind völlig legal, sie entsprechen den reaktionären Ausländergesetzen samt ihren verschiedenen Durchführungs- und Verwaltungsbestimmungen, die darauf gerichtet sind, einen ganzen Teil der Arbeiterklasse und der Werktätigen in unserem Land zu knebeln und einer besonderen Unterdrückung zu unterwerfen. **Diese Gesetze müssen bekämpft werden. Unsere ausländischen Kollegen müssen in jeder Hinsicht mit ihren deutschen Klassenbrüdern gleichberechtigt sein.**

„Die Belange der Bundesrepublik Deutschland . . ." sind im übrigen offenbar nicht beeinträchtigt durch die Tätigkeit z. B. der Agenten des iranischen Geheimdienstes SAVAK oder des berüchtigten südkoraenischen Geheimdienstes. Sie werden offenbar auch nicht z. B. durch einen iranischen Wohnungsspekulanten beeinträchtigt, dem ein Frankfurter Gericht bestätigte, daß er nicht ausgewiesen werden darf, weil darunter seine Geschäfte leiden.

Kampf den reaktionären Ausländergesetzen! Genosse Paul muß in Deutschland bleiben! Deutsche und ausländische Arbeiter, eine Kampffront, eine Klasse!

Katharina Hammerschmidt - Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz

Am 1. Juli 1975 starb Katharina Hammerschmidt, Mutter eines Kindes, in Westberlin. Katharina Hammerschmidt war im Frühjahr 1974 ins Krankenhaus eingeliefert worden. Diagnose: ein kindskopfgroßer Tumor, der wegen seiner Größe nicht mehr herausoperiert werden kann. Mit anderen Worten: schon bei der Einlieferung in das Krankenhaus stand fest, daß das Leben Katharina Hammerschmidts nicht mehr gerettet werden konnte.

Als die bürgerlichen Zeitungen jetzt über den Tod Katharina Hammerschmidts berichteten, versuchten sie ihn als „Schicksal" hinzustellen, wenn sie nicht sogar wie „Bild" hetzten. Katharina Hammerschmidt selbst habe verhindert, daß sie rechtzeitig behandelt wurde.

Das sind Lügen. Katharina Hammerschmidt ist ermordet worden, weil sie als Revolutionärin gegen den imperialistischen Staatsapparat kämpfte.

1971 war gegen Katharina Haftbefehl ausgestellt worden, wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Als sie, die sich damals in Frankreich aufhielt, davon erfuhr, stellte sie sich am 20. 6. 1972 der Polizei. Am 30. 6. 1972 kam sie in ein Westberliner Frauengefängnis. Untersuchungshaft, sagten die Justizbehörden. Aber wie bei allen anderen gefangenen Revolutionären, wurde überhaupt nichts untersucht. Für die bürgerliche Klassenjustiz stand das Urteil, wie in anderen Fällen auch, längst fest. Katharina wurde durch Isolationshaft und tausend Schikanen gefoltert. Die Justiz wollte ihren revolutionären Geist brechen.

Ende September 1973 bekam Katharina Schwellungen am Hals und im Gesicht. Atembeschwerden, Schluckbeschwerden, später Erstickungsanfälle. Die Gefängnisbeamten und Ärzte behandelten sie mit – Beruhigungspillen. „Das kommt vom Hungerstreik und vom Brüllen aus dem Fenster" – hieß es. Ein Arzt: „Wir haben Anweisung, bei der Hammerschmidt wird nichts gemacht."



Katharina Hammerschmidt

Am Tag ihres Todes demonstrierten 1 000 Menschen in Westberlin: „Genossin Katharina, das Volk wird Dich rächen, Revolution ist unser Versprechen!"

Erst zwei Monate später, nachdem die Rechtsanwälte, Ärzte und viele fortschrittliche Menschen gegen diesen Mordversuch an Katharina Hammerschmidt protestiert und ihre Überführung in ein Krankenhaus gefordert hatten, wurde sie schließlich aus der Haftanstalt entlassen. Zu spät, um ihr Leben noch retten zu können.

Wenn jetzt die bürgerliche Propaganda behauptet, Katharina sei an den Folgen eines Tumors gestorben, dann ist das die gleiche Logik, mit der ehemalige KZ-Häftlinge „ihrer schweren Krankheit erlagen", nachdem man sie zu Tode gemartert aus dem Konzentrationslager entlassen hatte.

Aber so wie der Tod des Kommunisten Günter Routhier, wie der Tod des Revolutionärs Holger Meins Tausenden das wahre Gesicht dieser angeblichen Demokratie gezeigt hat, so war auch der Tod von Katharina Hammerschmidt nicht umsonst. **Bereits am Tage ihres Todes demonstrierten rund 1 000 Menschen in Westberlin gegen ihre Ermordung. Und im Block der Partei erschallte die Parole: „Genossin Katharina, das Volk wird Dich rächen, Revolution ist unser Versprechen!"**

Korrespondenzen

Korrespondenzen an: Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Liebe Genossen, ich liege in einem Krankenhaus in Bremen. Heute früh bekam ich Besuch von einem Rentner. Er hatte folgende Zeitungsannonce aufgegeben:

Zeugen gesucht!
Bombenanschlag am 9. 12. 1974, Hauptbahnhof. Wer sah, wie zwei Polizisten mich abführten (20.25)? Bin 50 Jahre, hatte Blumen in der Hand, Schmerzensruf wegen Arms.
Zuschriften G 5767 Annahme WK

Dieser Rentner ist Parkplatzwächter. Als nun der faschistische Bombenanschlag auf den Bremer Hauptbahnhof passierte und die Polizei Teile des Bahnhofs hermetisch abgeriegelt hatte, kam er abends von der Arbeit und ging durch die Tür – er wohnt in der Nähe von Bremen und muß mit dem Zug fahren –, wo die Polizisten gerade standen. Als sie merkten, daß einer ihre Kette „durchbrochen" hatte, nahmen sie ihn gleich in Polizeigriff und führten ihn ab. Dabei brach sein Arm, der schon einmal gebrochen war, erneut. Mit Müh und Not hat er den Namen eines der Polizisten heraus bekommen und führt nun einen Prozeß wegen Körperverletzung usw.

Was machte die herrschende Klasse, als sie sah, daß er nicht gleich kuschte? Sie machte ihm den Prozeß wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Allerdings erst in dem Augenblick, in dem er seine Klage eingereicht hatte. Typisch! Jetzt sucht der Rentner dringend Zeugen. Leider ist der Bekannte eines Kollegen von mir so schwer verletzt worden, daß er gleich ins Krankenhaus kam und kein Zeuge sein kann. Noch hat der Rentner Illusionen in das bürgerliche Klassengericht. Aber die Partei und die Rote Hilfe-Aufbaugruppe, die ich informieren werde, werden ihm zeigen, daß der Bombenanschlag und das brutale Vorgehen gegen ihn ein und dasselbe sind: Einsatz des Staates und faschistischer Mittel von Seiten der Kapitalistenklasse gegen das Volk.

Ein Genosse aus Bremen.

FRIEDRICHSHAFEN

Bereits seit einem Monat versucht die Stadt Friedrichshafen mit Polizei-Einsätzen den Verkauf des ROTEN MORGEN und der „Kommunistischen Volkszeitung" (Zeitung des KBW) und anderer Literatur zu verbieten. Besonders brutal gingen sie am letzten Samstag vor. Die Verkäufer wurden von der Polizei angegriffen, Zeitungen zerfetzt. Ein Umhängeschild der KPD/ML, das an den ersten Todestag des von der Polizei ermordeten Genossen Günter erinnerte, wurde ebenfalls von der Polizei zerrissen. Ein Genosse der RHD, die ebenfalls dort ihre Zeitung vertrieb, wurde festgenommen und zusammengeschlagen. Er soll jetzt außerdem noch eine Anzeige wegen Beleidigung bekommen. Die Bevölkerung war über diese fortwährenden Polizei-Einsätze sehr empört. Besonders am letzten Samstag konnte man oft Rufe hören wie: „Nazis!", „Nazimethoden!", oder: „Das Blatt wendet sich auch noch, dann seid ihr dran." Insgesamt wurden bisher bei den Polizeieinsätzen beschlagnahmt: 12 Bücher vom Verlag für fremdsprachige Literatur in Peking; 8 Bücher vom Verlag Roter Morgen, 26 RHD-Zeitungen, 9 ROTE MORGEN, 7 Ausgaben von „Die Rote Garde", sowie Flugblätter und verschiedene Materialien des KBW.

Genossen aus Friedrichshafen.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WESTBERLIN

Am 6. April 1971 war der Komplize Eichmanns, Fritz Wöhrn, der an der Deportation von Juden in Vernichtungslager beteiligt war, zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Jetzt wurde Wöhrn aus der Haftanstalt Tegel entlassen. Die restliche Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Die „Gefährdung der inneren Sicherheit", das Standard-Argument bei den Terrorurteilen gegen Revolutionäre, spielt für die bürgerliche Klassenjustiz hier natürlich keine Rolle. Verbrecher, die im Dienst des Hitlerfaschismus standen, gefährden eben auch die Sicherheit der Kapitalistenklasse nicht, sondern nützen ihr. Sie ist auf solche Kreaturen in ihrem Kampf gegen die Werktätigen angewiesen, wie die Verbrechen der Polizei und der Justiz heute beweisen.

GÖTTINGEN

Anfang Juni erhielt ein Rotgardist aus Göttingen einen Bußgeldbescheid über 108 DM, weil er Plakate der KPD/ML geklebt haben soll.

HAMBURG

Am 19. Juni fand in Hamburg ein Prozeß gegen den ehemaligen Lehrer-Referendar Jürgen P. und zwei weitere Genossen statt. Jürgen P. war damals von der Polizei gewaltsam aus der Schule geholt worden. Jetzt lautete die Anklage gegen die drei auf „Widerstand" und „Hausfriedensbruch". Zur Verhandlung waren hohe Schulbeamte als Zeugen gegen den kommunistischen Lehrer geladen, denen der Richter völlig offen half, auf die Fragen der Verteidigung so zu antworten, daß die Wahrheit nicht ans Licht kam. Gegen die Angeklagten und die Zuschauer ging der Richter dagegen mit Ordnungsstrafen und zeitweiligen Ausschlüssen vor, sobald sie sich gegen sein Vorgehen empörten. Das Urteil – 2 250 DM für den kommunistischen Lehrer Jürgen P. und je 1 200 DM für die beiden anderen Genossen – begründete der Richter damit, daß sie alle aus Überzeugung gehandelt hätten und ihre Gesinnung (also ihre kommunistischen Ansichten) die „weitere Entfaltung krimineller Energie" erwarten lasse.

DUISBURG

Die Genossen Claus-Hinrich B. und Maike Tuschen erhielten jetzt einen Strafbefehl über 1 200 DM bzw. 750 DM, weil sie angeblich den „Röhrenkieker", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann, verteilt haben sollen, in dem unter anderem die Einstellungsverfügung gegen die Mörder des Genossen Günter entlarvt wurde.

DUISBURG

Genosse Richard Droege, der vor einiger Zeit in Duisburg einen Prozeß hatte wegen seiner Teilnahme am Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter, erhielt jetzt einen Strafbefehl über 1 500 DM, weil er in diesem Prozeß gesagt hatte, Genosse Günter sei von der Polizei ermordet worden.

KÖLN

In Köln wurden jetzt sieben Mitglieder eines „Komitees gegen Isolationsfolter" zu Geldstrafen zwischen 500 und 1 250 DM verurteilt, weil sie mit einem Plakat, auf dem unter anderem stand: „In der Bundesrepublik wird durch Isolationsfolter gefoltert", zu einer Veranstaltung eingeladen haben sollen.

DORTMUND

Weil im ROTEN MORGEN Nr. 42/74 in einem Artikel über den Kölner Kommunistenprozeß der faschistische Terror im Gerichtssaal angegriffen wurde, erhielten jetzt die Genossen Gernot Schubert (als Verleger) und Karin Wagner (als verantwortliche Redakteurin) einen Strafbefehl über 900 DM bzw. 600 DM. Außerdem sollen sämtliche Stücke dieser Nummer des ROTEN MORGEN eingezogen werden. Gegen die Strafbefehle ist Einspruch erhoben worden.

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 18. 7. findet im Amtsgericht Duisburg-Hamborn, Zi. 20, ein Prozeß gegen Oluf Hübner und Heidrun Hübner statt wegen eines Flugblatts des „Roten Greifer", Betriebszeitung der KPD/ML bei Thyssen, über den Trauermarsch, und wegen eines Flugblatts, das sie angeblich bei der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried Brenner verteilt haben sollen.

SCHREIBT DEN INHAFTIERTEN GENOSSEN!

Ab sofort lautet die Adresse des Genossen Peter Bayer:
61 Darmstadt, Marienburgstr. 74

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 15. 7. 75 findet vor dem Landgericht Flensburg, 1. Große Strafkammer, ein Prozeß gegen den Genossen Martin Peleikis, Kandidat der Partei bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, statt, weil sein Name unter einem antimilitaristischen Flugblatt steht, das angeblich in Schleswig verteilt worden ist. Die Anklage gegen den Genossen lautet auf § 89 und § 111 in Verbindung mit § 112 (Wehrkraftzersetzung und Aufruf zum Totschlag), weil in dem Flugblatt stand: „Im Ernstfall. Dreht die Gewehre um!"

SPENDET FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DER POLITISCH VERFOLGTEN!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: Solidarität

Russische Sozialimperialisten wollen DDR noch fester im Griff haben

Honecker zum Rapport nach Moskau

Ende Juni reiste der Vorsitzende der DDR-Revisionistenpartei „S"ED, Honecker, nach Moskau. Der betont freundliche Empfang durch Breschnew, große Worte von „Einheit" und „Freundschaft" können nicht davon ablenken, daß sich hier Oberherr und Vasall gegenüberstanden. Der Kreml hatte Honecker zum Rapport gerufen, um über die „Koordinierung der Wirtschaftspläne" und andere Themen Gespräche zu führen.

In ihren Gesprächen legten Breschnew und Honecker großen Wert auf die Feststellung, daß die Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion wie sie sagten, von „Einheit" und „Freundschaft" geprägt sei und dem „beiderseitigen Vorteil" diene. Doch das erste vor wenigen Wochen abgeschlossene Abkommen über die „Verflechtung der Wirtschaft beider Länder", sowie die kürzlich in Budapest stattfindende Konferenz der Regierungschefs der RGW-Länder, auf die sich die Lobpreisungen Breschnews und Honeckers beziehen, sprechen wahrhaftig eine andere Sprache. Die dort festgelegte „gemeinsame und koordinierte Planung" und „Integration", wie sie es nennen, bedeutet tatsächlich: Ausrichtung der Wirtschaft dieser Länder auf die Bedürfnisse des russischen Sozialimperialismus. Da wird z. B. festgelegt, wieviel Maschinen die DDR und andere RGW-Länder in die Sowjetunion unter Weltmarktpreis zu liefern haben, wieviel Rohstoffe dafür die RGW-Länder für höhere als die Weltmarktpreise aus der Sowjetunion zu kaufen haben, wieviel Milliarden Rubel sie bereitzustellen haben, damit davon die russische Monopolbourgeoisie neue Fabriken in der Sowjetunion bauen kann, welche Wirtschaftszweige die DDR und andere RGW-Länder abzubauen und welche sie aufzubauen haben — je nachdem wie die russischen Sozialimperialisten das wünschen und es für ihren Profit günstig ist.

Praktisch heißt dies, daß die russische Monopolbourgeoisie die Wirtschaft der RGW-Länder in all ihren Seiten unter ihrer Kontrolle und unter ihrem Diktat hat.

Wie verlogen dabei das Geschrei vom „beiderseitigen Vorteil' ist, mag das Beispiel eines Zellulosekombinates zeigen, daß nach den jüngsten Beschlüssen in der Sowjetunion gebaut werden soll. Die RGW-Länder werden 40% der Finanzmittel für diesen Bau bereitstellen, dafür aber nur 10% dieser Zellulose ab 1980 verteilt über 12 Jahre erhalten. Die Sowjetunion hingegen, die 60% der Mittel für den Bau bereitstellen wird, erhält dafür 90% der Zellulose. Das ist die vielgerühmte „Gleichheit in den Beziehungen", der „gegenseitige Vorteil"! Wie die russische Monopolbourgeoisie im Kreml die Wirtschaft der DDR und der anderen RGW-Länder unter ihrem Diktat und ihrer Kontrolle hat, zeigte sich auch Anfang des Jahres deutlich, als die Sowjetunion willkürlich Preise für Rohstoffe und Erdöl erhöhte, von deren Lieferung die RGW-Länder durch die RGW-Verträge vollkommen abhängig sind. Die russischen Sozialimperialisten setzten sich dabei über alle bestehenden Verträge hinweg, ohne auch nur im geringsten die betroffenen RGW-Länder zu befragen.

Wenn Breschnew und Honecker in ihren Gesprächen die Abstimmung der Fünfjahrpläne erörterten, so heißt das nichts anderes, als daß die Wirtschaft der DDR künftig in noch größerem Maße jegliche Selbständigkeit verlieren, jeglicher Bestand einer nationalen Wirtschaft in der DDR zerstört und stattdessen die Wirtschaft in das Wirtschaftsgefüge des russischen Sozialimperialismus vollständig einverleibt werden soll.

Ebenso unverschämt und zynisch ist es, wenn Breschnew sich hinstellt und verkündet, daß die Sowjetunion auch weiterhin die Grenzen der DDR und die Souveränität des Landes garantieren würde, und Honecker ihm dafür auch noch Dank und Anerkennung zollt. **Die russischen Sozialimperialisten haben sich noch niemals um die Interessen des deutschen Volkes der DDR gesorgt, sondern stets diese mit Füßen getreten. Wer hat denn der DDR die Souveränität genommen? Oder was heißt das anderes, wenn die DDR-Führungsclique bei jeder wirtschaftlichen, politischen oder auch militärischen Entscheidung zuvor nach Moskau reisen muß, um die Zustimmung des Kreml zu holen! Über alles, was mit den Geschicken der DDR zusammenhängt, hat der Kreml die ostdeutsche Führungsclique stets vor vollendete Tatsachen gestellt, sie einfach nur in Kenntnis gesetzt und ihnen befohlen, die im vorhinein von der russischen Monopolbourgeoisie festgelegte Linie durchzuführen.**

Die Zusicherung Breschnews, daß die Sowjetunion weiterhin die Grenzen der DDR garantieren wird, soll vielmehr der Bevölkerung in der DDR vormachen, daß die sowjetischen Divisionen zum Schutz der Bevölkerung da seien, während sie in der Tat eine Besatzermacht sind, die nicht anders als '68 in der Tschechoslowakei bereit steht, mit Terror und brutaler Gewalt gegen die Bevölkerung vorzugehen, wenn sie sich dem Willen, der Unterdrückung und Ausbeutung durch die russische Monopolbourgeoisie nicht fügt. Es ist die Zusicherung Breschnews, daß der Kreml diese Besatzung weiterhin aufrecht zu erhalten gedenkt. Die Demagogie des Kreml ist dabei nicht anders als die der US-Imperialisten in Westeuropa, die ihre Besatzermacht ebenfalls als „Sicherung der Freiheit", als „Schutz der Souveränität" ausgeben.

Zum anderen aber will Breschnew mit seiner „Garantie für die Grenzen der DDR" davon ablenken, welchen weiteren Zweck die immer umfangreicheren und aggressiver ausgerüsteten sowjetischen Truppen an der Grenze verfolgen: nicht die Grenzen zu sichern, sondern Vorbereitungen dafür zu treffen, die Grenzen weiter in den Westen hinein zu verschieben, das heißt, Westeuropa gewaltsam der Vorherrschaft des sowjetischen Sozialimperialismus zu unterwerfen.

Honeckers Reise nach Moskau, seine Treffen mit Breschnew geschahen im Dienst und auf Weisung des Kreml, um die DDR, diesen Vorposten des russischen Sozialimperialismus in Westeuropa noch fester in den Griff zu bekommen, seine Ausplünderung zu erhöhen und für die Vorherrschaftspläne des russischen Sozialimperialismus in Europa weiter auszurichten. Darüber kann kein Fotografenlächeln Breschnews und Honeckers, kann keine Beschwörung von „Freundschaft", „Verständnis" und „Zusammenarbeit" hinwegtäuschen.

Mit dem Koran für Moskaus Weltherrschaft

Ein Kommentar von Radio Tirana

Unaufhaltsamer Expansionismus, der Wunsch, in verschiedene Länder und Gegenden der Welt einzudringen, sind Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik und gehören zu ihrer Grundlage. Um ihre Ziele zu erreichen, bedienen sich die sowjetischen Sozialimperialisten verschiedener Mittel und Methoden, von Panzern und Kriegsschiffen bis hin zu Schmeicheleien, Geld usw. Dazu wurden in letzter Zeit auch die Sutane des Pfaffen, der Turban des Moslempriesters, das Evangelium, der Koran und dergleichen gebraucht.

Auf seiner letzten Reise in einige arabische Länder hatte Kossygin auch einige Koran-Exemplare mitgenommen, um sie als Geschenk zu verteilen. Diese Tatsache ist nicht unbedeutend. Die Herren des Kreml schwingen, je nachdem, den Koran oder das Evangelium, verbeugen sich vor dem römischen Papst oder umarmen sich mit den jüdischen Rabbinern.

So nützen die Sowjetrevisionisten die geistige Herrschaft des Mystizismus und der Unwissenheit aus, die einige kirchliche Kreise in verschiedenen Ländern und Gegenden der Welt aufgezwungen haben. Sie halten es jetzt für angebracht, bei ihren expansionistischen Plänen auch auf die kirchlichen Kreise zu bauen.

Zu diesem Zweck haben sie mehrere internationale Konferenzen und andere Treffen von Gläubigen organisiert und haben ihre Kirchendelegationen in die USA und nach Israel, in die arabischen Länder und Japan geschickt. In ihren Verlagshäusern erscheinen in hoher Auflage Religionsbücher nicht nur zum inneren Gebrauch, sondern auch fürs Ausland. Gleichzeitig haben sie Heiligenbilder und Reproduktionen von Kirchenfresken in die kapitalistischen Länder exportiert und Filme über religiöse Riten gedreht. Wie die Nachrichtenagentur „TASS" berichtet, wurde von der in der Sowjetunion veranstalteten Konferenz aller Religionen ein Aufruf an die



weltweite Christenbewegung gerichtet, um die Anstrengungen zu vereinigen und der Versöhnung unter den Menschen, dem Frieden und dem Fortschritt aller Völker der Welt aktiv zu dienen. Ein ähnlicher Aufruf wurde von der internationalen Konferenz der Mohammedaner, die in einer Ostrepublik der Sowjetunion stattfand, an alle Mohammedaner gerichtet. Das Evangelium und der Koran wurden in der Sowjetunion mehrmals in hoher Auflage verlegt. Das Evangelium wurde nicht nur für christlich-orthodoxe Gläubige gedruckt, sondern auch für die evangelischen, die Baptisten und viele andere Strömungen.

Das alles ging mit Lobeshymnen für die Kirche und ihre Obrigkeit, für die Änderungen, die angeblich in ihrer Politik stattgefunden haben, einher. Am 24. April zitierte „TASS" aus einem in der Woche zeitschrift „Moskow-News" erschie nenen Artikel eines Metropoliten wonach sich die russisch-orthodox Kirche in den letzten Jahrzehnte mit Nachdruck für den Frieden ei gesetzt habe. In diesem Artikel wi behauptet, daß die große mora sche Kraft der Kirche in den Vorder grund getreten ist. „TASS" gibt auch regelmäßig die Botschaften weiter, die der Patriarch von Moskau und ganz Rußland an die Gläubigen zu verschiedenen religiösen Festen richtet.

Daß sich die Herrscher des Kreml bei ihrer Innen- und Außenpolitik auf die Religion und die Priester stützen, zeigt, daß sie sich mit den finstersten Kräften verbünden, einzig und allein, um bestimmte Ziele zu erreichen. Sie bedienen sich der Religion, um Vertrauen bei den Menschen zu gewinnen, ihre Unterstützung zu erhalten und eine Basis für die Verstärkung ihres Einflusses auf die Gläubigen der verschiednen Länder zu haben. Wo die Peitsche, das Geld und Erpressungen keinen Erfolg haben, hoffen sie mit Heiligenbüchern etwas zu erreichen.

Das soll auch der Koran im Koffer des „Atheisten" Kossygin bei seiner gegenwärtigen Pilgerfahrt in einige arabischen Ländern schaffen. Im konkreten Fall riecht das Ganze nach Erdöl und ist von den Bemühungen gekennzeichnet, einem allseitigen Vorstoß der Sowjetunion in die arabischen Länder das Feld zu bereiten,

Lenin hatte die Religion als eine Art geistiges Gift bezeichnet, das der Ausbeutung und Unterdrückung dient. Dieses Gift versprühen heute die Sowjetrevisionisten, um nicht nur das Sowjetvolk, sondern auch andere Völker zu unterdrücken. Sie wandeln mit Koran und Sutane herum, haben dahinter aber das Messer versteckt und verschleiern damit ihre wahren Ziele. Wie die verschiedenen Missionare der imperialistischen Bourgeoisie dazu dienten und dienen, die Kolonialherrschaft zu stützen, stehen heute die Vertreter der Religion im Dienst des Expansionismus der sowjetischen Sozialimperialisten. Kossygin hatte nicht nur den Koran mit, sondern auch neue antiarabische Pläne.

Brandt bei Breschnew

Moskaus Interesse am abgehalfterten Kanzler

Mit großem Theater wurde Willy Brandt in Moskau empfangen. Breschnew selbst ließ es sich nicht nehmen, zum Flugplatz zu eilen und Brandt zu begrüßen. Ein Aufwand, wie er nur selten einmal Breschnews Lakaien in Osteuropa, den Honecker und Husak, zuteil wird, wenn sie nach Moskau kommen. Die Einladung, die noch aus der Zeit stammt, da Brandt Kanzler war, hatte Breschnew persönlich nach dem Rücktritt Brandts erneuert. Ein Akt persönlicher Freundschaft gegenüber dem abgehalfterten Kanzler? Keineswegs.

Für eine aggressive Supermacht wie den russischen Sozialimperialismus gibt es so etwas nicht, da ist jeder Schritt, den sie tut, genau geplant im Rahmen ihrer Absichten und Pläne, die Weltherrschaft zu erlangen. Was aber interessiert sie dann so an dem abgehalfterten Kanzler Brandt? Es ist sein Ruf, dem er immer noch alle Ehre macht: ein Demagoge zu sein, der für seine Lügen von „Frieden und Entspannung" in der Welt sogar preisgekrönt wurde mit dem Nobelpreis. Und solche Demagogen nutzen die russischen Sozialimperialisten natürlich nur allzu gerne aus, um ihre aggressiven Ziele, ihre Kriegsvorbereitungen in „Friedens"-gewänder zu hüllen.

Gerade jetzt kommt ihnen Brandt daher wie gerufen. Denn seit der Zeit, als Brandt noch Kanzler war und überall in Westeuropa Friedenseuphorie verbreitet wurde, hat sich einiges geändert. Begann damals mit großem Spektakel und Versprechungen die Europäische „Sicherheitskonferenz", mit der die russischen Sozialimperialisten die Illusionen über die Kriegsgefahr in Europa, über die Gefährlichkeit des russischen Sozialimperialismus noch mehr schüren wollten, so ist heute bei den meisten Teilnehmern dieser Konferenz mehr und mehr Ernüchterung eingetreten. **Viele Teilnehmerländer haben im Verlauf der KSZE immer deutlicher die wirklichen Absichten der russischen Monopolbourgeoisie erkannt, die hinter dieser Konferenz stecken: ein Forum zu schaffen, von dem aus Moskau sich in die Angelegenheiten der westeuropäischen Länder einmischen kann, mit dem Ziel, dort stärker Fuß zu fassen und in Rivalität zu der anderen Supermacht, sich ganz Europa zu unterwerfen.**

Die zunehmende Rivalität beider Supermächte um die Vorherrschaft in Europa, ihre wachsenden Anstrengungen, sich gegenseitig Konzessionen abzuringen auf Kosten der Vorherrschaft des anderen, ihr immer lauteres Waffengerassel hat die Verhandlungen in dieser Konferenz von Sitzung zu Sitzung mehr in die Sackgasse getrieben. Nur zu gern möchten die sowjetischen Sozialimperialisten diese Konferenz in aller Eile mit einem grossen Finale beenden, bevor der Friedensschwindel beider Supermächte noch mehr auffliegt. Über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen, und das Propagandageschrei um „Sicherheit und Entspannung" wieder anzuheizen, holten sich die sowjetischen Sozialimperialisten Brandt nach Moskau, um die alten Zeiten wieder aufleben zu lassen.

Das zeigt, wie die russische Monopolbourgeoisie nichts ungenutzt läßt, um ihre Vorherrschaftspläne, ihre Kriegsvorbereitungen voranzutreiben und als „Friedensinitiativen" zu tarnen. Selbst ein abgehalfterter Kanzler ist ihnen da noch gut genug.

Trotz ihrer Anstrengungen aber können die sowjetischen Sozialimperialisten die Zeit nicht zurückdrehen. Durch die ständige Entlarvung ihrer Verbrechen durch die marxistisch-leninistischen Parteien in der Welt, allen voran die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, durch den wachsenden Kampf der Völker der Dritten Welt gegen die Hegemoniepolitik der einen wie der anderen Supermacht, durch die sich entwickelnde Tendenz der Länder der Zweiten Welt, sich gegen die Vorherrschaft beider Supermächte zusammenzuschließen, sind die Lügen der russischen Sozialimperialisten deutlicher entlarvt als je zuvor, finden sie auf der Welt immer weniger Glauben. Das werden die sowjetischen Sozialimperialisten mit noch so lautem Friedensgeschrei nicht ändern können.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Kolumbien

Partei ruft zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes auf

In Kolumbien hat Staatspräsident Lopez Michelsen den Belagerungszustand im ganzen Land ausgerufen und das Kriegsrecht verhängt. Das ist die Antwort des Regimes auf die seit Wochen andauernde Streikwelle der Arbeiter in den größten Städten des Landes, auf die wachsende Zahl der Landbesetzungen der armen Bauern, auf die großen Demonstrationen der Studenten – den anschwellenden Kampf des Volkes für seine Freiheit und Unabhängigkeit. Das Regime Lopez Michelsen setzt alles daran, diesen Kampf zu unterdrücken und vor allem die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, die von ihr geführte Patriotische Front und die Volksbefreiungsarmee zu vernichten.

Das kolumbianische Volk verstärkt seinen Kampf, weil seine Lage in den vergangenen zehn Monaten der Regierung Lopez Michelsen noch unerträglicher geworden ist. Die Arbeitslosigkeit, die schon bisher die Quote von 30% erreichte, ist weiter gestiegen. Unzählige Bauern werden von den Großgrundbesitzern von ihrem Land vertrieben, weil sie die Pacht nicht zahlen können oder völlig verschuldet sind, und vergrößern die Zahl der Arbeitslosen in den Städten, der Menschen, die zu Tausenden in den Slums der Städte unter unmenschlichen Bedingungen hausen müssen. Währenddessen steigen die Preise wie wahnsinnig. Allein in den letzten acht Monaten sind die wichtigsten Lebensmittel im Durchschnitt um 720 Pesos teurer geworden, während die Mehrheit der Bevölkerung nur 1 500 Pesos im Monat verdient.

Die unerträgliche Lage des Volkes ist das Ergebnis der Ausplünderung der Reichtümer des Landes durch den Imperialismus, vor allem die amerikanischen Imperialisten.

Kolumbien ist ein reiches Land. Unter den Kaffee erzeugenden Ländern steht es an 2. Stelle, und es gibt reiche Vorkommen an Erdöl, Steinkohle, Gold und Platin. Aber alle diese Reichtümer fließen in die Taschen der USA-Imperialisten und ihrer Lakaien, der kleinen Schicht der Großgrundbesitzer und Reichen. **Dazu kommt, daß die andere Supermacht, der russische Sozialimperialismus, versucht, in Kolumbien einzudringen, um den USA-Imperialismus zu verdrängen. 30 Mio. Dollar haben diese Räuber bereits in Kolumbien investiert, um die Reichtümer des Landes an sich zu reißen. Die russischen Sozialimperialisten hoffen, daß sie von dem Haß des kolumbianischen Volkes auf den amerikanischen Imperialismus profitieren können, um im Gewand des „Freundes" im Trüben zu fischen.**

Alle diese Tatsachen zeigen, daß Lopez Michelsen, der vor zehn Monaten die Wahlen mit einem Programm der Reformen und der Beseitigung des Elends und der Unterdrückung gewonnen hatte, nur ein demagogischer Betrüger, und die Politik seiner Regierung proimperialistisch, antipatriotisch und volksfeindlich ist. **Lopez Michelsel sollte den Haß des kolumbianischen Volkes auf den amerikanischen Imperialismus und die herrschende Oligarchie besänftigen, Zersetzung und Spaltung in die Reihen der kolumbianischen Revolution tragen, um sie umso besser erdrosseln zu können.** Es ist bezeichnend, daß die modernen Revisionisten Kolumbiens diese teuflischen Pläne von Anfang an unterstützt haben und sich sogar nicht scheuten, die Arbeiterklasse zu einem „sozialen Pakt" mit der Regierung Lopez Michelsen aufzurufen und außerdem nach Kräften versuchten, ihr ein antiimperialistisches Mäntelchen umzuhängen.

In dieser Situation war es die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, die das kolumbianische Volk zur Wachsamkeit aufrief und betonte, daß es weiterhin nur einen Weg zur nationalen Befreiung und zum Sieg der Revolution gibt: den revolutionären Volkskrieg unter der Führung der Partei weiterzuführen, die Waffen nicht aus der Hand zu legen und die Errungenschaften der Revolution nicht preiszugeben.

Das kolumbianische Volk hat vor acht Jahren unter der Führung der KPK/ML zu den Waffen gegriffen. Im Kampf wurde die Volksbefreiungsarmee geschaffen, die zusammen mit den revolutionären Bauernmilizen den reaktionären Kräften einen Schlag nach dem anderen versetzte. Ihre Operationen erstrecken sich über weite Gebiete des Landes, finden aber vor allem im Nordwesten, in den bäuerlichen Gebieten des Nordens und im Süden statt. **In vielen Gegenden sind bereits Keime der Volksmacht in Form der patriotischen Räte geschaffen und befreite Gebiete errichtet worden.** Dreimal, 1968, 1969 und 1970 haben die amerikanischen Imperialisten und die Regierung Unterdrückungs- und Einkreisungsfeldzüge gegen die Volksbefreiungsarmee organisiert, aus denen aber die revolutionären Kräfte aus jeder Operation gestärkt hervorgegangen sind.

Durch ihren unbeugsamen und entschlossenen Kampf hat sich die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten großes Ansehen erworben. Sie entfaltet jetzt eine breite organisatorische und Propagandatätigkeit für die Ausdehnung und Verstärkung des bewaffneten Kampfes.

So heißt es z. B. in einer Grußadresse der Kommunistischen Partei Kolumbiens / Marxisten-Leninisten an den Kongreß der Gewerkschaft der Werktätigen Kolumbiens, deren Inhalt vor kurzem von Radio Tirana gesendet wurde, daß die Partei erneut die Arbeiterklasse und das ganze kolumbianische Volk aufruft, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, den Kampf gegen den Imperialismus und die Oligarchie, die das Vaterland verschachert hat, gegen die volksfeindliche Politik der Diktatur und den revisionistischen Verrat für eine Volksrepublik Kolumbien zu verstärken und zu erweitern.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML – Spendenkonto – Stadtsparkasse Dortmund Kto Nr. 321 004 547 Stichwort: KAMBODSCHA/ VIETNAM

Gründungskongreß der KJF/ML in Paris

Grosser Erfolg für die Jugend Frankreichs

Am 28./29. Juni fand in Paris der Gründungskongreß der Kommunistischen Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten statt. Eine Delegation der Roten Garde überbrachte den französischen Genossen die herzlichsten Glückwünsche zu diesem großartigen Ereignis und überreichte ihnen als Geschenk ein Photo des Roten Antikriegstages 1972 in München.

Wir drucken im folgenden einen Artikel ab, in dem Genosse Pierre Burnand, 1. Sekretär der KJF/ML, in l'Humanité Rouge über den Gründungskongreß berichtet.

DIE KOMMUNISTISCHE JUGEND FRANKREICHS/ MARXISTEN-LENINISTEN GEGRÜNDET

Mit großem Erfolg und unbeschreiblichem Enthusiasmus wurde am 28. und 29. Juni der konstituierende Kongreß der Kommunistischen Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten abgehalten.

Die Delegierten dieses Kongresses nahmen an einem Ereignis teil, das in die Geschichte der Kämpfe der Jugend und der Marxisten-Leninisten Frankreichs eingehen wird. Von nun an besitzt die Jugend Frankreichs ihre revolutionäre Organisation. Mit großem Beifall bekundete der Kongreß sein Einverständnis mit dem Programm der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten, und wiederholt skandierten die Delegierten ihren Namen. Während dieser beiden Tage wurden neue revolutionäre Kräfte sichtbar, die zu größter Hoffnung für die Zukunft berechtigen.



Der Kongreß, der im Zeichen der Ehrung für Gilles Tautin und Pierre Overney stattfand, wurde zu einem Spiegelbild der heutigen revolutionären Jugend. Der Kongreß hörte den politischen Bericht, der die Ziele der Kommunistischen Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten festlegt. Während er verlesen wurde, meldeten sich viele Kongreßteilnehmer zu Wort und es gab häufig Beifall. Mit Begeisterung nahm der Kongreß das Manifest und das Statut der Kommunistischen Jugend Frankreichs / Marxisten-Leninisten an sowie die Charta der Jugend Frankreichs. Diese Texte werden die Führer der Kommunistischen Jugend Frankreichs/Marxisten-Leninisten in ihrem Kampf um die nationale Unabhängigkeit und die proletarische Revolution sein. Der Kongreß nahm eine Erklärung des Genossen Alain Castan entgegen, der im Namen der Kommunisten/Marxisten-Leninisten sprach, die das Vertrauen und die Hoffnung der marxistisch-leninistischen Avantgarde in die Jugend bezeugte und die die Notwendigkeit unterstrich, daß sich die Jugend den Marxismus-Leninismus im Studium und im Kampf aneignet.

Nach Abschluß des Kongresses trafen sich die Delegierten an den Gräbern von Guy Moquet, Gilles Tautin und Pierre Overney und zeigten auf diese Weise, daß sie die Kämpfe der Jugend Frankreichs fortsetzen werden. Dann versammelten sie sich zu einer mitreißenden Abschlußveranstaltung, die im Zeichen des proletarischen Internationalismus stand. Delegierte der jungen Marxisten-Leninisten aus Deutschland, Belgien, Holland, Italien, Griechenland, Portugal, Schweden waren anwesend und überbrachten der KJF/ML ihre Grüße. Im Namen der KJF/ML sprachen Gymnasiasten, junge Ausländer und Arbeiter, ebenso ein Genosse der ehemaligen progressiven Jugend der Bretagne über die Kämpfe der Jugend in Frankreich. Diese Veranstaltung zeigte die Entschlossenheit der jungen Marxisten-Leninisten, die Jugend im Kampf gegen die beiden Supermächte, vor allem den Sozialimperialismus, gegen den Revisionismus, für den Sieg der proletarischen Diktatur zu mobilisieren.

Ja, der 28. und 29. Juni 1975 werden Geschichte machen.

Pierre Burnand
1. Sekretär der KJF/ML

Aus aller Welt



FRANKREICH

Am 26. Juni in Paris: Inmitten einer Demonstration von mehreren zehntausend Arbeitern und Werktätigen, Frauen, ausländischen Arbeitern und Jugendlichen Fahnen der KPF/ML, unserer verbotenen französischen Bruderpartei. Hinter dem Organisationstransparent der Partei trugen Genossen die Bilder der Klassiker des Marxismus-Leninismus und Transparente mit Parolen gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Entlassungen, gegen Lohnraub und die faschistischen Überfälle von Polizei und Revisionistenschlägern auf streikende Arbeiter. Ein großer Teil der Parolen entlarvte die reaktionäre, konterrevolutionäre und antinationale Politik der französischen Revisionisten. Schlägertrupps dieser Verräterbande und mehrere Polizeispitzel wurden mit Gewalt aus dem Demonstrationszug hinausgeworfen. Ein Redner der Partei, der eine kurze Schlußrede hielt, wurde begeistert gefeiert. „Die verbotene Partei ist auf der Straße", so ging es in Paris an diesem Tag von Mund zu Mund. Tausende von Arbeitern, die sich am Straßenrand versammelten, klatschten den Parolen der Partei Beifall.

VR CHINA

Auf Einladung des Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China, Genossen Tschou En-lai, ist der Ministerpräsident des Königreichs Thailands, K. Pramoij, am 25. Juni in Peking zu einem offiziellen Besuch eingetroffen. Im Verlauf dieses Besuches haben die VR China und Thailand bekanntgegeben, daß sie diplomatische Beziehungen aufnehmen. In einem Artikel der Zeitung Renmin Ribao aus Anlaß des Besuchs des thailändischen Ministerpräsidenten heißt es darüber, daß mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ein neues Blatt in der Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgeschlagen ist, und daß dieser Schritt den Wünschen der beiden Völker entspricht. Der thailändische Ministerpräsident wurde auch vom Vorsitzenden Mao Tsetung und von Genossen Tschou En-lai empfangen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)



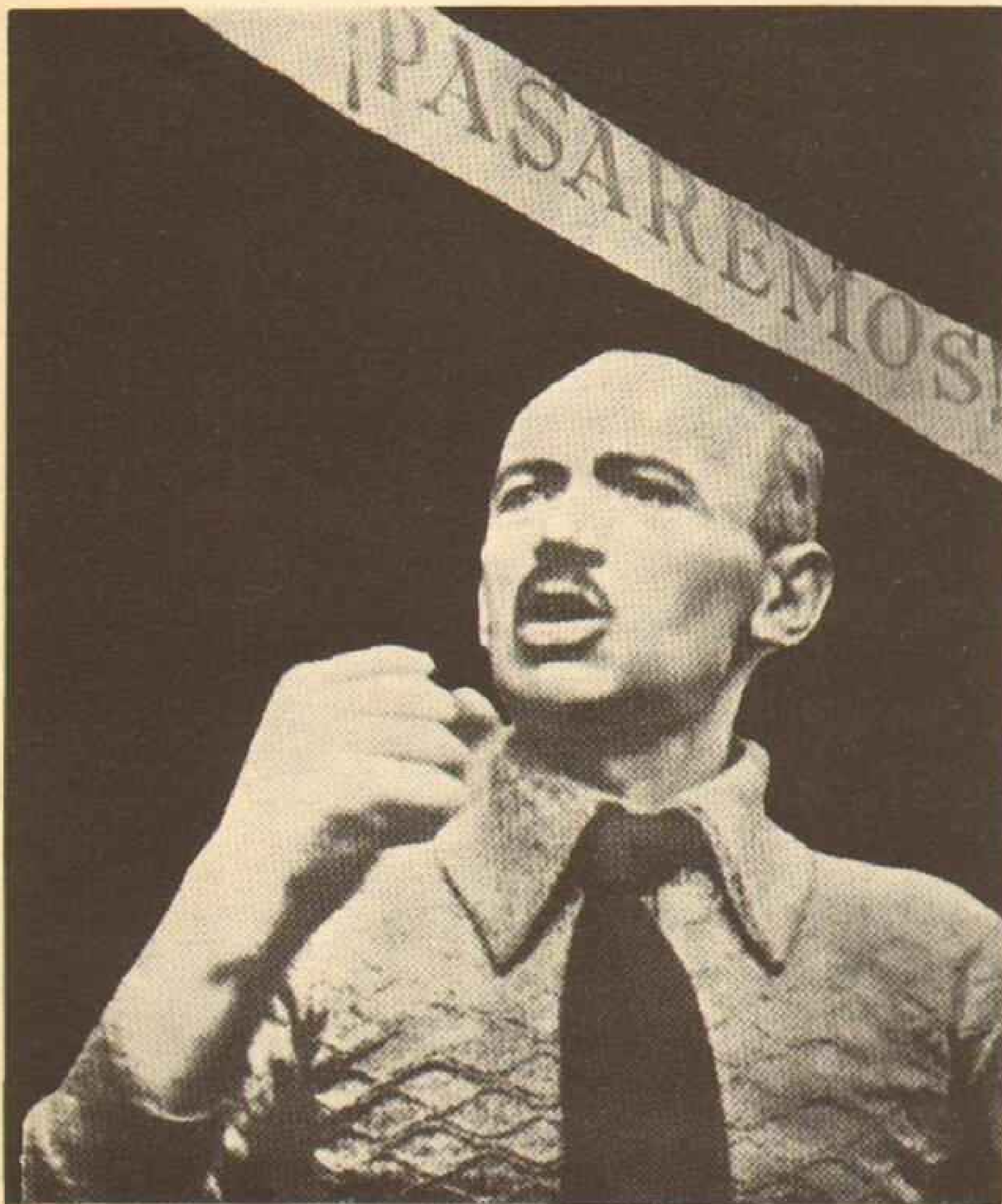
RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Zum 80. Geburtstag von Hans Beimler

VENCERA LA LIBERTAD!



Am 2. Juli jährte sich zum 80. Mal der Geburtstag von Hans Beimler, des großen revolutionären Führers der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus.

Hans Beimler – das war ein Proletarierleben im Dienst der Revolution. Schon 1918, beim Kieler Matrosenaufstand, marschierte Genosse Hans in den Reihen der kämpfenden Volksmassen. Später schloß er sich der KPD an, die ihn schon nach kurzer Zeit zu ihrem Leiter im Bezirk Südbayern wählte. Im Betrieb – Genosse Hans arbeitete jahrelang als Dreher bei Krauss-Maffei in München, später in Augsburg – in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, im bayrischen Landtag und später als Abgeordneter der KPD im Reichstag vertrat er die Interessen seiner Klasse, wurde er zu einem erprobten Führer der deutschen Arbeiterbewegung.

Hans Beimler – das war ein leuchtendes Beispiel für den heldenhaften antifaschistischen Kampf, den die KPD an der Spitze der Arbeiterklasse führte. Er war es, der die Partei in Bayern nach der Machtergreifung Hitlers in der Illegalität führte, der den revolutionären Widerstandskampf gegen den Faschismus organisierte. Standhaft ertrug er nach seiner Verhaftung im April 1933 Folter und Qual, organisierte er seine Flucht aus der Folterhöhle der Nazifaschisten, dem KZ Dachau.

Hans Beimler – das war auch das Vorbild für die internationalistische Solidarität der deutschen Arbeiterklasse. Sofort nach seiner Flucht nahm Genosse Hans den Kampf gegen den Faschismus wieder auf und schloß sich 1936 den Internationalen Brigaden in Spanien an. Als Kämpfer im Thälmann-Bataillon und später als hoher Kommissar der Internationalen Brigaden stand er an der Spitze der deutschen Freiwilligen, die den Kampf des spanischen Volkes gegen den Franco-Faschismus und die ausländischen Aggressoren unterstützten. Am 1. Dezember fiel Genosse Hans Beimler in vorderster Kampffront bei der Verteidigung von Madrid.

Kann Dir mein Wort drauf geben:/ Vencera la libertad!/ Dem Feind wird nicht vergeben,/ Du bleibst in unserem Leben,/ Hans Beimler, Kamerad!

Giftgasalarm bei München

Statt Giftbrandbekämpfung Bürgerkriegsmanöver

Als um 19.00 Uhr in einigen westlichen Gemeinden des Landkreises München die Luftschutzsirenen aufheulen, ahnt noch niemand etwas Böses. Es ist der Abend des 17. Juni-Feiertages, man schaut sich das Fernsehen an, trinkt Bier und denkt an den kommenden Arbeitstag.

Einige Stunden später passiert es dann. Funkstreifenwagen jagen mit Blaulicht und heulender Sirene durch die Straßen. Mannschaftswagen des BGS fahren auf, überall wimmelt es von Polizei. Uniformierte dringen mit Sturmgeklingel in die Wohnungen ein, Kinder werden aus den Betten gerissen, eine Frau stürzt und muß mit gebrochenem Arm in eine Klinik gefahren werden. Alle Straßen sind hermetisch abgeriegelt. „Ich hatte Glück, daß ich früher nach Haus gefahren bin. Wenn ich etwas später gekommen wäre, hätte ich nicht mehr zu meinen Eltern heimfahren dürfen, die haben keinen durchgelassen, keine Maus ist durch die Absperrung gegangen", erzählte mir ein Jugendlicher aus Feldkirchen, der noch bei seinen Eltern wohnt.

Alle Einwohner der Gemeinden Feldkirchen, Grub, Hausen und Landsham werden in Busse der Bundeswehr verladen und abtransportiert. Wer ein eigenes Auto hat, wird aufgefordert, Wohnung und Ort zu verlassen und sich an einer bestimmten Stelle am Flughafen oder auch anderswo einzufinden. Einige wissen, was los sein soll: Giftgasalarm!

In einer Halle des Flughafens werden alle zusammengebracht und genau registriert. Auch hier alles voll von Polizei. Zusammengepfercht und auf Stühlen sitzend müssen hier etwa 500 Menschen die Nacht in einem Warteraum verbringen. Eine ältere Frau weint, alle sind unruhig, manche haben ein bißchen Angst, und niemand weiß, was eigentlich los ist. Gegen 4.00 Uhr morgens dürfen die Menschen wieder in ihre Wohnungen zurück, in ein paar Stunden beginnt der neue Arbeitstag.



Etwa 500 Menschen, die aus ihren Wohnungen evakuiert wurden, werden eine Nacht lang im Flughafengebäude zusammengepfercht.

Am selben Morgen kann man in allen Zeitungen lesen: München war von einer Giftkatastrophe bedroht! Nach den offiziellen Berichten sind 5 000 Zentner eines Düngemittels, das im Volksmund „Blaukorn" heißt und zur chemischen Bodenverbesserung in der Landwirtschaft Verwendung findet, beim Verladen von einem Eisenbahnwaggon in eine Lagerhalle durch den dabei herrschenden Regen naß geworden. Das bewirkte einen Zersetzungsprozeß, bei dem hochgiftige Nitrosegase entstanden, die in dichten, gelblichen Wolken aus dem Schuppen der Firma Hausladen KG in Feldkirchen ins Freie drangen.

Die herbeigerufene örtliche freiwillige Feuerwehr stellte diesen Sachverhalt sofort fest und alamierte die Berufsfeuerwehr München. Diese trifft wenig später mit Polizei und Sanis am Ort ein.

So weit, so gut. Jetzt sollte man an sich meinen, daß die Feuerwehren in dem unbewohnten Gebiet, in dem sich das Lagerhaus befindet, der Sache unverzüglich ein Ende bereiten, was technisch gar kein Problem ist. Die einzige Zufahrtsstraße, eine Bundesstraße, müßte für die Rettungsfahrzeuge gesperrt werden, Menschen, die sich in der Umgebung aufhalten, müßten in Sicherheit gebracht werden. Doch es kommt alles ganz anders.

Mit einem Mal wimmelt es in Feldkirchen von politischer „Prominenz". Auf dem Marktplatz von Feldkirchen fahren weitere starke Polizeistreitkräfte auf, mit von der Partie keine geringeren als der Bayerische Regierungspräsident Eberle und Staatssekretär Kiesl und jede Menge hoher und höchster Polizeioffiziere. **Wenig später blasen diese Herren zum Angriff, jedoch nicht etwa auf die paar Zentner dampfenden Düngers, sondern auf die Bevölkerung!** Es wird Katastrophenalarm gegeben, in dessen Verlauf alle Einwohner evakuiert werden sollen. Die ganze Gegend wird zum Kriegsschauplatz, die umliegenden Ortschaften gleichen Heerlagern.

Unter der direkten Leitung der genannten Politiker rollt ein riesiges Bürgerkriegsmanöver ab, Einsatzleitung in einem roten VW-Bus mit allen fernmeldetechnischen Raffinessen in Feldkirchen. Sie koordiniert das taktische Vorgehen sämtlicher beteiligter Streitkräfte, Polizei, BGS, THW, Bundeswehr und aller Hilfstruppen, Beobachtung und Kontrolle aus der Luft durch Polizeihubschrauber. Ein Stab von Pressereferenten muß dafür sorgen, daß die anwesenden Journalisten auch immer den „richtigen Feind" im Auge behalten, nämlich die Giftgaswolke, denn die gerät zunehmend in Vergessenheit.

Hieß es zu Anfang noch, daß Regenwasser Ursache der Katastrophe war, so ist es gegen 23.00 Uhr plötzlich das Löschwasser aus einem Teich, mit dem die Feuerwehr den Giftbrand erfolgreich bekämpfte. Diese offensichtliche Schlappe in den Pressemitteilungen wird behoben, indem man später erklärt, ein Zigarettenstummel sei die Ursache des Brandes gewesen. Auch das muß später wieder fallen gelassen werden, und so wird noch eine dritte Möglichkeit aufgetischt und dann kommt das große Schweigen. Noch heute weiß die verschreckte Bevölkerung nichts Genaues über die Ursache und den Hergang des Giftschwelbrandes.

Aber das ist den Herren, die dafür verantwortlich sind, ja auch vollkommen egal, ob die Bevölkerung in Angst und Schrecken lebt. Ihnen geht es bei einem solchen Einsatz nicht darum, Menschenleben zu retten. Sie zeigen ja auch sonst, daß sie über Leichen gehen. Im Gegenteil, sie frohlocken und reiben sich die schmutzigen Hände, wenn sie Gelegenheit bekommen, sich in einem „Notstand" als Retter aufzuführen. Er ist ihnen willkommener Anlaß, ihre durch die Notstandsgesetzgebung für rechtmäßig erklärten Bürgerkriegsmanöver gegen die eigene Bevölkerung zu betreiben. Ganz nebenbei bieten sich der Polizei in einem solchen Manöver ungeahnte Möglichkeiten. Da können natürlich in einem von seinen Bewohnern zwangsgeräumten Gebiet in aller Ruhe ohne Zeugen und ohne richterlichen Haussuchungsbefehl Häuser und Wohnungen durchsucht, in Garagen und Gärten geschnüffelt werden, wovon in den Münchner Gemeinden dann auch reichlich Gebrauch gemacht wurde.

Da heißt es in einem Zeitungskommentar zu der Sache sinngemäß: „Die hochtechnisierte Massengesellschaft ist einfach anfälliger für Pannen als ein Bauernland. Rasch reagierende Behörden (Polizei, d. Verf.) wird man angesichts der Pannenanfälligkeit unserer Welt noch öfter brauchen als uns lieb ist." Mit „Panne" ist hier der Brand in Feldkirchen gemeint, und weis gemacht werden soll uns, daß solche Pannen nicht vermieden werden können, sondern daß sie immer häufiger werden, was natürlich zur Folge hat, daß auch die Polizeimanöver immer größer werden, und die betroffenen Menschen das einfach so hinzunehmen haben, weil das einfach an der hohen Technik unseres Landes liegt.

So hätte es die Bourgeoisie natürlich ganz gern, aber für sie wird es leider so ausgehen, daß sich die Massen der von ihnen geschaffenen hohen Technik bedienen und den Herren von Bank und Fabrik dann eine „Panne" bescheren, die sie so leicht nicht werden vergessen können. Der Aufwand, mit dem die Bourgeoisie in ihrer Presse mit Hilfe ihrer bezahlten Schreiberlinge die wahren Vorgänge im westlichen Münchner Land vor der Bevölkerung zu verbergen versucht, zeigt deutlich, wieviel Angst ihnen in der Hose sitzt, und zwar zu Recht. Denn wenn die betroffenen Arbeiter und alle anderen Werktätigen ihren Betrug und ihre Demagogie durchschauen, dann werden sie trotz ihrer gewaltigen Vorbereitungsübungen und ihrer Bewaffnung dem Zorn des Volkes kaum etwas entgegenzuhalten haben und eine endgültige, vernichtende Niederlage erleiden.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.........................

Beruf.........................

Postleitzahl/Ort.........................

Straße.........................

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.........................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 28/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 15 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

BREMEN

Veranstaltung zu den Entlassungen der Roten Betriebsratskandidaten auf der AG Weser, zu der die beiden Roten Betriebsräte Norbert L. und Uwe R. eingeladen sind. 14. 7., 19 Uhr, Walle, Keglerheim, Auguststr.

Prozeßtermin vor dem Arbeitsgericht: 15. 7. 1975.

Veranstaltungen der Roten Garde

WUPPERTAL

Rote Garde-Veranstaltung, zur Jugendarbeitslosigkeit, 11. 7., 19.30 Uhr, Haus Panten, Ernststraße.

VERANSTALTUNG DER GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS

Albanien:
Frau im Sozialismus



18. Juli, 19.30 Uhr, Städtischer Saalbau, Dortmund-Alt-Scharnhorst, Gerader Weg 1.